

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161.

Freitag, den 12. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Russische Expansion und deutscher Imperialismus.

Die deutsche bürgerliche Presse feiert einen gewaltigen Sieg. Der Kaiser hat in Baltischport das Werk von Potsdam vollendet! Er hat die deutsch-russische Annäherung eingeleitet und durch eine Annahme mit dem Zarenreiche das „europäische Gleichgewicht“ hergestellt und den europäischen Frieden „gesichert“. Bis weit in die linksliberale Presse hinein ertönen diese Lobeshymnen, und keine Hand regt sich, um diesen folgenschweren Schritt der deutschen Diplomatie gebührend zu kennzeichnen.

Es wäre vergebliche Liebesmühe, wollte man die Annäherung der deutschen Reichsregierung an die Regierung der Krone und des Sargens mit dem Maßstab der Ethik und der Bölkermoral messen. Um derartige „Sentiments“ kümmert sich die deutsche Bourgeoisie ebensowenig, wie das Bürgertum des republikanischen Frankreichs oder des demokratischen Englands. Jeder Schritt der Regierungen, die in den kapitalistischen Staaten die Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, wird einzig und allein von dem nackten Profitinteresse der letzteren diktiert. Ihm unterordnen sich die gekrönten Repräsentanten der einzelnen Staaten, in deren Händen die Fäden der Politik zusammenlaufen. Es sprechen hier natürlich auch andere Momente mit: dynastische Interessen, Treibereien und Eingriffe einzelner Altkönige — und je rückständiger ein Staat, desto heftiger das Hervortreten dieser Momente — im großen und ganzen jedoch wird die auswärtige Politik der kapitalistischen Staaten von dem Interesse der expansionslüsternen Bourgeoisie beherrscht.

Welche Interessen sind es nun, die Deutschland in die Arme des brutalsten und schändlichsten aller Staatswesen getrieben haben? Wenn von den stets lebendigen Sympathien der preußischen Junkerkaste für Rußland, diesem „Damm einer konservativen Weltanschauung“ abgesehen wird, ist es einerseits die Bedeutung Rußlands als Anlagosphäre des deutschen Kapitals, andererseits — sein Wert als eventuelle Waffe gegen England, die das deutsche Bürgertum zu einem Zusammengehen mit dem Zarenreiche veranlassen. Der deutsch-russische Handelsverkehr ist in steter Zunahme begriffen; die deutsche Kapitalbürgererschaft mit jedem Jahre immer mehr in Rußland ein und verdrängt das belgische, englische und französische Kapital; russische Werte, die lange Jahre von den deutschen Börsen ferngehalten wurden, werden in immer größeren Mengen auch in Berlin kotiert.

Wichtiger jedoch als dies erscheint der deutschen Bourgeoisie die Rolle Rußlands in der internationalen Politik. In Potsdam wurde bereits 1910 der Versuch gemacht die Entente zwischen Rußland und England über den Haufen zu werfen. Der Versuch gelang nur insofern, als Rußland die „Desinteressiertheit“ Deutschlands in Persien mit der Genehmigung einer Bahnverbindung zwischen der Bagdadbahn und Persien bezahlte; im übrigen lehnte die russische Diplomatie es ab, sich die Auffassung des deutschen Reichskanzlers zu eigen zu machen, wonach Rußland in Europa an keiner gegen Deutschland gerichteten Kombination teilnehmen würde. Seit Potsdam verschob sich die Situation noch mehr zugunsten Rußlands. Die Marokkokrise und die neuen deutschen Küstungen vertieften den Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten, während der italienische Raubzug nach Tripolis dem russischen Varen in Nordpersien und an der türkischen Grenze die Hände öffnete. Die russische Diplomatie zeigte mit einem Schlage eine enorme Aktivität; sie regte sich nicht nur im nahen, sondern auch im fernen Osten und verstärkte durch ihre Vielgeschäftigkeit und Unruhe die ohnedies äußerst gespannte weltpolitische Lage. Parallel damit ging eine fieberhafte Agitation für den Wiederaufbau der Kriegsflotte, die in dem kürzlich angenommenen „kleinen Flottenprogramm“ (Kostenpunkt — 1 Milliarde Mark) den russischen Expansionspolitikern einen weiteren Trumpf in die Hand gegeben hat.

Aus dieser Situation heraus machte die deutsche Diplomatie einen weiteren Schritt, um das partielle Potsdamer Abkommen in den Beginn einer deutsch-russischen Annäherung zu verwandeln. Zu diesem Zweck fuhr Wilhelm II. nach Baltischport, begleitet von den Segenswünschen des deutschen Imperialismus; der die russische Rückversicherung vor allem als Waffe gegen England herbeiwünscht. Soweit aus den offiziellen Kundgebungen und Kommentaren hervorgeht, ist dieser Zweck erreicht worden. Die „Kreuz-Zeitung“ und die „Post“ bestärken sogar einmütig, daß die „Erfolge von Baltischport weit über ihre Erwartungen hinausgehen. Es ist in der Tat nicht nur ein völliges „Einvernehmen“ in allen politischen Fragen erzielt worden, die ein dauerndes Zusammengehen Deutsch-

lands und Rußlands im Gefolge haben dürfte, es ist auch durch den beiderseitigen Beschluß, die regelmäßigen Monarchenzusammenkünfte zu einer „festen Institution“ zu machen, der Boden für eine deutsch-russische Annäherung vorbereitet, die entgegen den Beteuerungen, daß an den bestehenden Bündnissen nicht gerüttelt werde, den Beginn einer Neugruppierung der Mächte bedeuten würde.

Der Preis, den die deutsche Diplomatie für die russische „Freundschaft“ bezahlt hat, ist die Abkehr Deutschlands von der bisherigen Orientpolitik. Bisher hat Deutschland, durch seine Bagdadbahnpolitik gezwungen, in dem italienisch-türkischen Krieg strikte Neutralität gewahrt und sich allen russischen Erpressungsversuchen gegenüber ablehnend verhalten. Nun soll es anders werden. Nach einer offiziellen Petersburger Verlautbarung sollen Wilhelm und Nikolaus in Baltischport zum Entschluß gekommen sein, „gemeinsam einzugreifen, sobald die Ereignisse noch eindeutiger lehren, daß die hohe Pforte selbst die Ordnung und Ruhe im Lande nicht gewährleisten kann.“ Wird dieser Beschluß in Wirklichkeit umgesetzt, so bedeutet die Reise Wilhelms nach Baltischport einen eben solchen Wendepunkt in der Geschichte der Orientpolitik, wie seinerzeit die Reise König Eduards VII. nach Reval, die der türkischen Revolution unmittelbar vorausging. Dann dürfte auch — allerdings in einem anderen Sinne — die stolze Prophezeiung der „Kreuzzeitung“ eintreffen, wonach die Ereignisse einer künftigen politischen Entwicklung „erst die ganze Tragweite des politischen Spieles erkennen lassen“ werden, „dessen Karten bei Baltischport von den Staatsmännern der beiden nordischen Kaiserreiche mit Geschick und klugem Vorbedacht gemischt worden sind.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichsgesetz zur Regelung des Verkehrs mit Luftfahrzeugen.

Im Reichsamt des Innern und im Reichsjustizamt ist, wie bürgerliche Blätter mitteilen, ein Gesetzentwurf fertiggestellt worden, der den Verkehr mit Luftfahrzeugen regelt. Bisher besteht hierüber in Preußen lediglich eine Verordnung. Wegen der zahlreichen Unfälle, die namentlich in letzter Zeit sich ereignet haben, hält man es für notwendig, die ganze Angelegenheit reichsgesetzlich zu regeln.

Die „nationale Flugspende“

scheint recht spärlich zu fließen. Der Manager, Graf Posadowsky, hält es für notwendig, ein „Mahnwort“ an die säumigen Spender zu richten. Dieses Mahnwort ist zu einem umfangreichen Artikel geworden, der anscheinend der gesamten bürgerlichen Presse zugesandt wurde. Posadowsky wendet sich gegen die mißbräuchlichen Flaumacher, die in dem Flugwesen nur einen „Sport“ sehen, für den sie beizufeuern keine Lust haben. In der Abwehr gegen diese Zugknöpfer gerät der edle Graf in solchen Eifer, daß er schon die Flugmaschine als „Angriffswaffe im Kriege“, die tobdringende Bomben auf die Feinde niederstendert, sieht. Es ist nicht recht zu erkennen, welcher Unterschied vom humanitären Standpunkt aus darin besteht, ob Wurfgeschosse in der vertikalen oder der horizontalen Lage geschleudert werden; ob ein Torpedo von unten oder eine Bombe von oben wirkt. . . .

Posadowsky erinnert zwar daran, daß um die Wende des 18. Jahrhunderts die Regierung der jungen französischen Republik das Angebot eines Amerikaners Fulton, der sich erbot, die englische Flotte mit Torpedos zu vernichten, ablehnte, „weil der erste Konsul (Bonaparte) eine solche Art und Weise, unter Wasser Krieg zu führen, für barbarisch hält“, aber — so tröstet sich Posadowsky: „Seitdem haben sich die Ansichten über die Anwendung von Unterseebooten und über die Verwendung von Torpedos wesentlich geändert. Und heutzutage bilden diese Kriegsmaschinen einen wichtigen Teil des Angriffs und der Verteidigung sämtlicher Flotten.“ Und warum sollen da nicht auch die Flugmaschinen mit Bomben und Sprengmitteln arbeiten?

Vielleicht gibt's Leute, denen solche „barbarische“ Ausflüchte die Lachen öffnen. Für die friedlicher und mehr kalkulatorisch Veranlagten gibt Posadowsky eine Art Spendenverteilungsprogramm, um sie zu gewinnen:

„Die nationale Flugspende soll dazu dienen, die Flugtechnik widerstandsfähiger gegen diese Einflüsse zu machen; ihre Mittel werden dazu dienen müssen, verbesserte Maschinen und neue Erfindungen zu prämiieren, Flieger technisch und flugtechnisch gründlich auszubilden, Preise für erfolgreiche Flüge zu gewähren, geeignete Stütz- und Landungspunkte etappenmäßig zu schaffen, und schließlich auch die Zukunft der Fluattechnik

zu sichern. So nur kann die Flugtechnik eine Entwicklung erfahren, welche für die Bedürfnisse der Landesverteidigung eine sichere Grundlage bietet; ob sie auch für andere Zwecke mit wirtschaftlichem Erfolge verwendet werden kann, darüber zurzeit ein Urteil abzugeben, wäre voreilig und gewagt. . . .“

So sind alle Register gezogen. Wenn die Flugspende nun nicht reichlicher fließt, liegt's an der Böswilligkeit der „Patrioten.“

Was alles dementiert wird.

Verschiedene bürgerliche Zeitungen haben die „hochwichtige“ Nachricht verbreitet, daß der Kaiser beim Kartenspiel Karten mit französischen Bildern verwende. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung versichert nun allen Ernstes:

„Wir können mitteilen, daß Seine Majestät derartige Spielkarten nicht besitzt.“

Wieviel Geheimräte mögen da wieder einmal in Bewegung gesetzt worden sein, um dieses wirklich klassische Dementi zustande zu bringen? Welcher Karten sich der Kaiser beim Spiel bedient, ist doch so gleichgültig wie nur etwas. Darauf ein Dementi zu verschwenden, grenzt an Lächerlichkeit. — Weshalb bringt das Kanzlerblatt nicht lieber eine authentische Darstellung der recht skandalös anmutenden Embener Auswanderungs-Konzessionsgeschichte? Hier schweigt man in allen lebenden und auch toten Sprachen, ohne zu bedenken, daß aus diesem Schweigen die denkbar ungünstigsten Schlüsse gezogen werden müssen!

Einig in der Wahlrechtsfeindschaft.

In der Eijener Stadtverordnetenversammlung beantragten unsere Genossen die Ausdehnung des Gemeindevahlrechts für die Personen, die den Zensus von 6 Mark an Staatssteuern nicht erreichen. In Betracht kommen etwa 2700 Bürger, die früher lange Jahre Steuern zahlten, jetzt aber wegen Invalidität dazu nicht mehr in der Lage sind, in der Hauptsache Kruppische Pensionäre, invalidierte Bergleute usw. Der Antrag wurde mit 27 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Das Zentrum hatte durch seinen Redner Dr. Bell erklären lassen, das es dafür stimmen werde. Von seinen 22 Vertretern fehlten aber 12 Mann und einige andere stimmten trotz Bells Erklärung gegen den Antrag. Dasselbe praktische „Wahlrechtsfreundschaft“ also wie im preußischen Landtag. Die Liberalen stimmten mit wenigen Ausnahmen geschlossen gegen die Wahlrechtserweiterung. Offene und geheime Wahlrechtsfeinde haben wieder einmal einen Sieg errungen.

Politische Erpressertaktik.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die zuerst das Verfahren eingeschlagen hatte, eine Anzahl nationalliberaler Reichstagsabgeordneter zu bezichtigen, daß sie für den Genossen Bebel als Präsidenten gestimmt haben, um auf diese Weise feststellen zu können, wer seine Stimme für Bebel abgegeben hat, fährt in dieser Erpressertaktik fort. Von dem nationalliberalen Reichstagsabg. Dr. Hoppe hatte die „Deutsche Tageszeitung“ positiv behauptet, daß er zu den Bebel-Wählern gehöre. Herr Dr. Hoppe beging die Unvorsichtigkeit, dem agrarischen Blatt eine Berichtigung zu schicken, in der er sagt:

„Daß ich Bebel gewählt habe, können Sie wohl behaupten, aber bei der durch die Verfassung geschützten geheimen Wahl nicht beweisen. Daraus ergibt sich der Wert der Behauptung von selbst.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt daraus natürlich, daß Abg. Dr. Hoppe nunmehr zugefanden hat, daß er seine Stimme für Bebel abgegeben hatte. Das schädliche Verfahren des agrarischen Blattes ist im Reichstage bereits gebührend gekennzeichnet worden. Der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Dertel, der der konservativen Fraktion des Reichstags angehört, schüttelte damals einfach mit dem Kopf und tat so, als ob irgend ein untergeordneter Redakteur ohne Wissen Dertels diese Erpressertaktik eingeschlagen habe. Nachdem diese Taktik aber fortgesetzt wird, muß man zu der Auffassung gelangen, daß System in der Sache liegt und daß die Agrarier alles daran setzen wollen, festzustellen, wer von den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten für Bebel gestimmt hat. Ein solches Verfahren ist so niedrig, daß es nicht mehr tiefer gehängt werden kann.

Abgelehnte Gesandtschaft.

Die badische Zweite Kammer hat am Donnerstag die Ausgaben für die badische Gesandtschaft in München, welche von der Ersten Kammer in den Etat wieder eingesetzt waren, abermals gestrichen. Staatsminister Freiherr v. Dusch gab seinem Bedauern über den Beschluß Ausdruck und fügte die Behauptung hinzu, daß die badische Gesandtschaft in München sehr viel Gutes geleistet habe.

Wenn nun auch Bayern seine Gesandtschaft in Karlsruhe zurückzieht, dann wird eine Menge Geld gespart, ohne daß die Interessen des Volkes auch nur im allergeringsten beeinträchtigt werden. Auch Preußen unterhält Gesandtschaften, die den Charakter einer vollenbeteiligten Einkure tragen, die aber von der Mehrheit im preussischen Landtage immer von neuem wieder bewilligt werden.

Reichstagsersatzwahl in Bayern.

Als Termin für die Ersatzwahl in Pfarrkirchen ist der 5. August festgesetzt worden. — Für die Bauernbündler kandidiert der bayerische Landtagsabgeordnete Eisenberger. Von die Zentrumskaplane ihren Gläubigen von der Kanzel herunter zu empfehlen haben, ist noch nicht bekannt.

Italien.

Die Abrechnung mit den Reformisten auf dem italienischen Parteitage. Auf dem gegenwärtig in Reggio nell' Emilia tagenden Parteitag ist es zu harten prinzipiellen Auseinandersetzungen gekommen. Der Kongreß hat eine Tagesordnung der revolutionären Fraktion angenommen, die sich für die Ausschließung der Abgeordneten Bissolati, Cabrini, Bonomie und Podrecca ausspricht, und zwar hauptsächlich wegen ihres Verhaltens gegenüber dem König nach dem Attentat und wegen ihrer Haltung gegenüber dem türkisch-italienischen Kriege. Bissolati hatte auf dem Kongreß erklärt, die sozialistische Partei könne nicht auf die Teilnahme an der Regierung verzichten. „Ich verstehe“, sagte Bissolati, „daß die Sozialisten in Deutschland in kein Ministerium eintreten wollen, denn Deutschland besitzt nicht die konstitutionellen Garantien wie Italien, und die deutschen Sozialisten müssen noch um Freiheiten kämpfen, die wir Italiener schon seit langem besitzen.“ Bissolati rechtfertigte dann seinen bekannten Besuch bei dem Könige, der von der ganzen Partei vollkommen gebilligt worden sei. Schließlich sprach Bissolati noch über den Krieg, der heute von den Sozialisten nicht mißbilligt werden könnte. Denn Zivilisation und Freiheit würden jetzt von den italienischen Sozialisten getragen. Bei diesen Worten wurde der Redner von andauernden, stürmischen Tumulten unterbrochen, worauf Bissolati erklärte, daß er seine Karte als Mitglied der Partei zurückstelle. Diese Erklärung seines Austritts aus der Partei brachte Bissolati die begeisterte Zustimmung seiner Anhänger, die ihm zu gönnen ist, denn Sozialdemokraten, die den italienischen Raubzug und die Mordtaten der Soldateska für eine Kulturart halten, gehören überhaupt nicht in die Partei. Bei der Fortsetzung der Verhandlungen griff Genosse Turati die Reformisten auf das heftigste an. Er unterwarf namentlich ihre Haltung in der Kriegsfrage einer scharfen Kritik. Schließlich nahm der Kongreß mit großer Mehrheit den Antrag an, der den Ausschluß der vier Abgeordneten Bissolati, Bonomie, Cabrini, Podrecca ausspricht, die Anhänger des triopolitanischen Unternehmens sind. Die vier Ausgeschlossenen haben nun eine neue Partei zu gründen versucht. Die übrigen Rechtsreformisten haben sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklärt und wollen ein Komitee gründen, um für die neue Partei der sozialistischen Kriegs- und Königschwärmer Gelder zu sammeln.

Frankreich.

Die Proporzwahl angenommen. Die Kammer nahm in einer bis abends 11 Uhr andauernden Sitzung den Wahlreformentwurf in seiner Gesamtheit mit 339 gegen 217 Stimmen an. Die Anhänger des Verhältniswahlsystems brachen in stürmischen Beifall aus. Auch die radikalen Gegner der Wahlreform applaudierten in der Meinung, daß sich die Mehrheit der Republikaner gegen die Wahlreform ausgesprochen habe. Einzelne Radikale riefen zur Ministerbank gemeldet: Demission! Die Sitzung wurde unter großem Lärm geschlossen.

Belgien.

Sturm in der Kammer. In der Kammer, die seit ihrem Zusammentritt am Dienstag über die Taktik der Regierungspartei während der Wahlbewegung verhandelte, kam es gestern nachmittag zu großen Lärmereien, in deren Verlauf sich der Alterspräsident veranlaßt sah, die Sitzung auf dreiwertel Stunden zu unterbrechen. Den Anlaß zu dem Tumult gab eine Äußerung des ungewählten Abgeordneten Brisant von der katholischen Partei, die dieser in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag in Roulers getan haben soll: „Wenn nicht alle Antiklerikalen Kanakillen sind, so sind doch alle Kanakillen Antiklerikale.“ Der Führer der liberalen Partei, Abg. Heimans, verlangte eine Erklärung wegen dieser Äußerung. In diesem Augenblick brach der Tumult los, da anscheinend mehrere Mitglieder der katholischen Partei ihren ungewählten Kollegen im Saal nehmen wollten. Man hörte Ausbrüche wie Schanzhaak, Cleander, Feigling usw. Der Präsident rief zwei sozialistische Abgeordnete, die sich als Urheber der Zwischenfälle bekannten, zur Ordnung und unterbrach die Sitzung. Am Schluß der Sitzung suchte Brisant durch eine verklausulierte Erklärung den Zwischenfall mit Heimans zu erledigen; es wurden dadurch jedoch nur wiederum ungeheure Lärmereien verursacht. Schließlich bezichtigten die Führer der liberalen und der sozialistischen Partei Brisant der Feigheit und Sacklosigkeit. Unter großer Erregung wurde die Sitzung geschlossen. — Infolge dieses Zwischenfalls hat der liberale Deputierte Delvaux dem katholischen Deputierten Brisant seine Zungen gelandt.

Türkei.

Der Rücktritt des Kriegsministers. Nach und Schewket Pascha, der militärische Führer der jungtürkischen Revolution und jetzigen Kriegsminister, hat seinen Posten niedergelegt. Er erklärte in seinem Rück-

trittsgesuch an den Großwesir, er halte es für richtig, daß ein anderer das Geseß durchführe, das sich gegen die politische Betätigung in der Armee richtet. Er fühle sich nach dreijähriger Ministerstätigkeit ermüdet. Der Sultan nahm das Rücktrittsgesuch an und ernannte Schewket zum Senator. Das jungtürkische Komitee ist mit dem General Nazim Pascha in Verbindung getreten, um ihn zu bewegen, das Kriegsministerium zu übernehmen. Nazim Pascha war bis vor Jahresfrist Wali von Bagdad. Er genießt große Popularität. Nazim lehnte einen Eintritt in das gegenwärtige Kabinett entschieden ab, empfahl aber den mit ihm Verhandlungen den Rücktritt des gesamten Kabinetts, damit die Türkei vor einer Katastrophe bewahrt bleibe. Die Regierung soll bei Torgut Schewket Pascha und bei dem Korpskommandanten von Erzerum, Tatar Samon Pascha, angefragt haben, ob sie das Portfeuille des Krieges annehmen würden. Als Kandidaten der Militärpartei gelten Marschall Ibrahim Pascha, der ehemalige Wali von Tripolis, und Abdullah Pascha, der Oberkommandant von Smyrna. Nach einer Meldung der Wiener politischen Korrespondenz aus Konstantinopel hält man die Demission des Gesamtkabinetts für wahrscheinlich. Es sollen bereits Verhandlungen mit dem türkischen Votschafter in London, Tewfik Pascha, bestehen, um ihn zur Übernahme des Großwesirats oder des Ministeriums des Außern zu gewinnen.

Säuglinge im Gefängnis.

Säuglinge im Gefängnis? Unsinn! Kann doch wieder nur eine schamlose Hezerei gegen die Behörden und die herrschende Ordnung sein! — In der Tat eine aufreizende „Hezerei“, aber nicht vor irgend einer „staatsfeindlichen“ Seite, die Aufreizung liegt in der Art, wie im Ruhrrevier Streikjüden der Mütter von armen Säuglingen gebüßt werden müssen. In der Folge des Bergarbeiterstreiks sind auch eine große Anzahl Frauen verurteilt worden. Der Zorn über den Verrat der Streikbrecher hatte manche Frau eines Streikenden, die unmittelbar unter dem harten Lohnkampf, den der Familienater auszufechten hatte, litt, ein bitteres Wort gegen die Verräter auf die Lippen gebrängt. Und die nimmer raufende Gerechtigkeit waltete auch gegen solche Frauen zum Schutze der braven, ehrenhaften Arbeitswilligen. Frauen, Mütter mußten ins Gefängnis mandern, und die Säuglinge an ihrer Brust konnten die Strafvollstreckung nicht hindern. War anderweite Pflege nicht möglich, so mußten sie einfach das Gefängnis mit der Mutter teilen — um der Gerechtigkeit willen.

Ein Redakteur des Bochumer „Volksblatts“ hat eine Anzahl Mütter aus verschiedenen Gebieten des Ruhrreviers persönlich aufgesucht und sich von ihnen erzählen lassen, wie es ihnen mit ihren Säuglingen im Gefängnis ergangen ist.

Eine dieser Mütter erzählte: „Ich hatte beim Bergarbeiterstreik vorübergehenden Arbeitswilligen „Streikbrecher“ nachgerufen. Ein Arbeitswilliger beschwor, gehört zu haben, daß ich auch Ferkel gefagt hätte. Ich bekam 5 Tage Gefängnis, die ich im Recklinghauser Gefängnis verbüßte. Mein 5 Monate altes Kind — hier sehen Sie das Würmchen — (ich sah ein Gesichtspöchen von bläulicher Gesichtsfarbe, das guter Luft und gesunder Ernährung äußerst bedürftig schien) wollte ich nicht von der Mutterbrust entwöhnen, hier gibt es so schlechte Milch und die kostet noch 22 Pfg. das Liter, da hätte das Kind nicht genügend Nahrung bekommen und ich kann und will auch mein Kind selbst nähren. Mein Mann ging mit nach dem Gefängnis und fragte, was dann mit dem Kind werden solle, worauf ihm bedeutet wurde: „Sehen Sie nur, das Kind bleibt hier.“ — Ich wurde in eine kleine Zelle eingeworrt, sie mochte wohl 4 Meter lang und zwei Meter breit sein. Das kleine Fenster mit schwerem Gitterwerk war hoch oben angebracht. Die Luft war beängstigend und von eigenartigem Geruch. Frische Luft konnte nicht viel hinein. Ich bemühte mich, mein Kind zu erheitern. Der Gang zum Gefängnis war für mich furchtbar schwer gewesen, ich war innerlich furchtbar erregt. Noch furchtbarer war mir, daß ich das Kind in diesem Zustande nähren mußte. Die Folgen machten sich sofort bemerkbar. Das Kind schrie die ganze Nacht, es hat höchstens eine Stunde geschlafen. Es war schrecklich aufgeregt und fuhr bei dem geringsten Geräusch, welches durch die dumpfe Halle drang, vor Schreck auf. Am Tage schlief das Kind einige Stunden. Weil es soviel schrie, bekam ich vom zweiten Tage an dreimal etwas Milch. Doch das Kind zeigte nicht viel Appetit. So ging es bis zum letzten Tage, es weinte sehr viel und wurde immer aufgeregter. Inzwischen wurde es schwächer und das Gesicht wurde ganz blaß. Der Zustand dauerte noch neun Tage nach unserer Entlassung aus dem Gefängnis so an. Morgens wurden wir eine halbe Stunde auf den Hof geführt, der von hohen Mauern umgeben war und nur den Blick zum Himmel gestattete. Unser Nachtlager bestand aus ganz hart gestopften Strohlücken und einer Pferdebedecke. Ich hätte damit schon vorlieb genommen, warum sollte ich nicht auch das erkeiden, was so viele Frauen über sich ergehen lassen müssen. Aber daß ich das Kind so hart betten und leiden sehen mußte, stimmte mich sehr kummervoll.

Während meiner Haft waren außer mir noch vier Streikbrecherinnen mit kleinen Kindern in dem Gefängnis, alle kamen sie in kleine Zellen (Einzelhaft).“

Ein erschütterndes deutsches Kulturbild! Die schlichte Erzählung dieser Mutter — und viele andere könnten daselbe erzählen — reißt das Kulturmantelchen, womit sich die herrschende Gesellschaft Deutschlands so gern drapeiert, unbarmherzig in Fetzen. Säuglinge im Gefängnis! Kann das von Rußland, von Sibirien übertroffen werden? Kann!

Und warum Mutter und Säugling im Gefängnis? Im preussischen Sibirien gibt es Streikjüden gegenüber kein Pardon. Man steckt Frauen mit ihren Säuglingen in Licht- und Luftarme Zellen und gefährdet aufs höchste die Gesundheit der armen Kinder, um den Frauen nur keine Straferlasse — vielleicht nicht einmal Strafausschub — zuziel werden zu lassen. Die Staatsanwaltschaft in Bochum hält einen Ausschub der Strafe unvereinbar mit

dem Strafzweck, jagte ein höherer Polizeibeamter. Und um diesen „Strafzweck“ zu erreichen, darf man sich durch sentimentale Rücksichten auf Mutter- und Säuglingschutz nicht beirren lassen. — Preussisch-Sibirien!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 12. Juli.

Die Bürgerschaft trat gestern abend wieder zu einer längeren Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 17 Senats- und 2 Initiativanträge, sowie 2 Kommissionsberichte. Vor Eintritt in dieselbe regte sich der Polizeikommissar Lippert über das Stimmungsbild unseres Blattes über die letzte Bürgerschaftssitzung, sowie über eine die Straßenbahnen-Debatte behandelnde Notiz im „Vorwärts“ künstlich auf. Ihm wurde vom Genossen Stellung genant; derselbe konstatierte, daß die Diebe gefessen haben. Sodann kam es zu einem Geplänkel zwischen Dr. Wittern und dem Wortführer. Dr. Wittern war im Protokoll der letzten Bürgerschaftssitzung als fehlend bezeichnet worden, trotzdem er — allerdings nur auf kurze Zeit — anwesend war. Die Bürgerschaft gab in einer Abstimmung über diese Angelegenheit dem Wortführer recht.

Der Senatsantrag auf Errichtung einer Viehverkaufshalle — Kostenpunkt 183 300 Mk. — begegnete einigem Widerspruch. Es war ein Antrag auf Kommissionsberatung gestellt worden, der auch von unseren Genossen, deren Standpunkt Genosse Wape eingehend begründete, unterstützt wurde. Derselbe wurde abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. Erlass eines vierten Nachtrages zu dem Gesetze, betr. Erhebung einer Abgabe von Luftbarkeiten, fand scharfe Gegner. Dieser Entwurf will den Kinobesitzern eine Steuerlast aufpacken, die in ihrer Wirkung einer Erbrofflung der Kinobesitzer gleichkommt. Genosse Stellung bekämpfte diese Vorlage, weil sie ein steuerliches Ausnahme-gesetz in sich birgt. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Redner gegen die Auswüchse des Kinobesitzes. Mehrere Redner unterstützten diese Ausführungen. Vom Senatstische wurde die Vorlage als ein Mittel zur Bekämpfung der Kinobesitzer verteidigt. Die Bürgerschaft stimmte dem Senatsantrage zu; außer der sozialdemokratischen Fraktion stimmten nur noch einige wenige Bürgerschaftsmitglieder gegen dieses Ausnahme-gesetz, das seinen Zweck, die Kinoseuche zu bekämpfen, nicht erreichen wird. Interessant ist aus der Debatte noch, daß sowohl von Senator Dr. Neumann als auch vom Staatsanwalt Dr. Wenda in ihren Ausführungen Bezug genommen wurde auf mehrere Artikel des „Volksboten“ über die Kinoseuche. Manchem Spießer mag hierbei wohl heiß und kalt geworden sein, als er das hörte.

Bei dem Senatsantrage auf Herstellung eines Spielplatzes bei der Bastion Buniamshof gab der Genosse Dr. Schlomer der Befürchtung Ausdruck, daß auch hier wieder, wie bei so vielen Gelegenheiten, gegenüber der Arbeiterschaft mit zweierlei Maß gemessen werde. An der Hand von Tatsachen wies er nach, daß die Arbeiter in Lübeck unter einem Ausnahme-gesetz stehen. In seinen weiteren Ausführungen charakterisierte unser Redner das Treiben und die wahren Absichten des Jungdeutschland-Bundes. Von Senator Dr. Schenburger wurde eine bindende Erklärung auf die Frage unseres Genossen nicht abgegeben; er glaubt, daß Ausnahmen den Arbeitern gegenüber bei diesem Spielplatz nicht gemacht würden.

Bei dem Antrag auf Ausführung des Radfahrweges in der Brandenburger Chaussee wünschte Genosse Möller mit vollem Recht den Ausbau des Weges bis an die Landesgrenze. Leider konnte sich die Bürgerschaftsmehrheit nicht zu dieser durchaus richtigen Ansicht aufschwingen; sie nahm den Senatsantrag, welcher den Ausbau nur bis zum Schießstand vorseht, an. Bei dieser Gelegenheit wurde von mehreren Rednern noch die Verlegung des Radfahrweges in der Roetzstraße kritisiert.

Die Beratung des Senatsantrages auf Gewährung einer Altersunterstützung an den Maschinisten Stübe gab dem Genossen Brunns Veranlassung, sich nach dem Schicksal der Kubelohntasse zu erkundigen. Eine genaue Auskunft war am Senatstische nicht zu erlangen.

Mehrfach war gegen 10 Uhr der Versuch gemacht worden, durch Anweisung der Beschlußfähigkeit die Verhandlungen abzubringen. Diese Versuche schlugen fehl; man wollte noch einige Punkte erledigen. Das geschah denn auch. Gegen 10 1/2 Uhr trat Schluß ein. Erleichtert atmeten alle Mitglieder auf, was doch die Luft im Saale eine erdrückende.

R. Schöffengericht. Sitzung am 11. Juli. Wegen Vertretung des Gewerbeschulgesetzes hatten sich die beiden Kupferbeschmiedemeister W. und Sch., die Inhaber einer hiesigen Kupferbeschmiede, zu verantworten. In vier Tagen hatten sie nämlich ihre Lehrlinge aus der Gewerbeschule zurückbehalten und wurden deshalb in zwei Fällen zu je 5 Mk. und in zwei Fällen zu je 2 Mk. Geldstrafe verurteilt. Sie beantragten nun gerichtliche Entscheidung. Vor vierzehn Tagen war bereits ein Termin angesetzt worden, weil die Angeklagten nicht selbst erschienen waren. Gestern machten nun die Angeklagten geltend, daß sie von den einzelnen Fällen keine Kenntnis gehabt hätten; denn es wäre unmöglich, sich um jeden einzelnen Lehrling zu kümmern. Diese Angelegenheit hätten sie vielmehr dem Sohne eines der Inhaber übertragen. Überdies lag an dem in Frage kommenden Tage sehr wichtige und eilige Arbeit vor, die ohne Hilfe der Lehrlinge nicht zur rechten Zeit hätte zu Ende geführt werden können. Aus diesem Grunde habe der Sohn des einen Angeklagten im Unverständnis mit dem Gewerbeschule befehlen sollten. Sie beantragten daher Freisprechung. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß von einer eiligen Arbeit damals keine Rede gewesen sein könne. Außerdem seien die Jungen nicht sofort entschuldigt worden. Es verurteilte daher die Angeklagten zu je zehn Mark Geldstrafe.

Die Lübecker Straßenbahn hat während der Volksfesttage eine Reihe Fahrplanänderungen eintreten lassen, auf die wir an dieser Stelle besonders aufmerksam machen. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in heutiger Nummer unseres Blattes.

Konkursöffnung. Aber das Vermögen des Bureaugehilfen August H a a s e in Lübeck, Morckestraße 17, z. St. in Berlin NW., Dr. Wellers Kurantfall, ist am 11. Juli 1912, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Schön in Lübeck zum Konkursverwalter ernannt worden.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 11. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 20 1/2, Luft 16; morgens 10 Uhr: Wasser 21 1/2, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 22 1/2, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 23 1/2, Luft 25 Grad Celsius.

Badeanstalten Krähentich und Falkendamm. Die Anstalten werden am 1. Volksfesttage um 12 Uhr mittags, am 2. Volksfesttage um 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Was bringt die Telegraphie ein? Über die Einnahmen, die der Staats-Telegraph den verschiedenen Ländern bringt, macht die Urzeitung eine Zusammenstellung. Länder wie die

Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht aufgeführt, da dort der Telegraph in den Händen von Privatgesellschaften ist. Die Staats Telegraphie erzielt die höchsten Einnahmen in Großbritannien mit 80 Millionen Franken im Jahr. An zweiter Stelle kommt Rußland mit 73 1/2 Millionen Franken. Dann folgt Deutschland mit 48 Millionen Franken, wie sie vom Welttelegraphenbureau berechnet werden. An vierter Stelle folgt Frankreich mit 44 1/2 Millionen. Nur diese vier Länder haben mehr als 40 Millionen. In weitem Abstande folgt China mit 25 Millionen, dann Britisch-Indien mit 21 1/2, Japan mit 19 1/2, der ganze australische Bund mit 17 1/2, Österreich 16 1/2, Neuseeland 11, Spanien 10 1/2 Millionen. Weniger als 10 Millionen bringt die Staats Telegraphie in folgenden Ländern nach alphabetischer Ordnung: Ägypten 8, Algerien 2, Belgien 6 1/2, Bosnien-Herzegowina 6, Bulgarien 1,4, Chile 2,2, Dänemark 2,5, Griechenland 2, die Niederlande 5, Niederländisch-Indien 8, Rumänien 3, die Schweiz 4 1/2, die Türkei 9 1/2, Ungarn 9 Millionen.

Heinrich Vauges Bremer Hoch- und Untergrundbahn ist von Leipzig angekommen und zum Volksfest aufgestellt. Dieselbe ist das größte elektrische Karussell der Gegenwart und wird durch 2 Lokomotiven und 12 Motoren in Betrieb gesetzt. Nicht allein, daß eine Fahrt auf der Hoch- und Untergrundbahn für jung und alt eigenartig und hochinteressant ist, bietet der Betrieb den Zuschauern einen fesselnden Anblick. Auf den Zuschauerplätzen können zirka 2000 Personen Platz finden und sind dieselben bei Eintritt ungünstiger Witterung vor jeder Unbill geschützt.

e. Stockelsdorf. Von der Ravensbuscher Schule. Der Lehrer Lottewitz hat nach uns gemordenen Mitteilungen am 10. Juli vor der Frühstückspause einen Sohn des Arbeiters Steinfeldt aus Ravensbusch derartig auf den rechten Arm geschlagen, daß der Knabe mehrere Verletzungen davongetragen hat. Die Mutter holte den Knaben sofort vom Spielplatz, als sie hiervon erfuhr und gab ihn in ärztliche Behandlung. Wann wird endlich mit dieser Prügelpädagogik aufgeräumt werden?

Schönberg. Erblindet. Anfangs April dieses Jahres hatte der Kuffitterer Starck auf der Hofstelle des Hauswirts Lenschow in Petersberg das Unglück, daß ihm beim Holzhauen ein Span ins linke Auge flog. Die Verletzung war so erheblich, daß er bald ins Lübecker Krankenhaus gebracht werden mußte. Leider hat die Heilung nicht den erwünschten Erfolg gehabt, denn der Bedauernswerte ist auf beiden Augen völlig erblindet.

Hamburg. Zwei Menschen bei einer Kollision ertrunken. Der Bergungsdampfer „Kronprinzessin Cecillie“ der Hamburg-Amerika-Linie, der am Donnerstag mittag eine Nordlandkreise antrat, geriet auf der Unterelbe bei Neumühlen mit einem Schleppdampfer in Kollision, wobei zwei Männer über Bord stürzten. Der große Dampfer scheint ohne Schaden geblieben zu sein, da er seine Fahrt fortsetzte. Nach einer späteren Meldung ist es der Schleppdampfer „Anna“ der Firma K. Gade gewesen, der einen mit Holz beladenen Oberländer Kahn im Tau hatte. Der Schleppdampfer wurde so schwer getroffen, daß er auf der Stelle sank. Der Führer des Schleppdampfers Schiffer Wilhelm v. Borstel und der Deckmann Hans Hartmann sind ertrunken. Der Maschinist H. Gröhn konnte sich durch einen Sprung auf den Kahn retten. Der Kahn ist später bei der Köhlbrandmündung auf Strand gesetzt worden, da auch dieser schweren Schaden erlitten hatte und später gesunken ist.

Hamburg. Vom Hafen. Wider Erwarten stellen sich kurz vor Abschluß der Bewegung der Hafnarbeiter noch Schwierigkeiten ein, verursacht durch Unternehmer, die sich scheinbar noch nicht recht an eine friedliche Regelung der Differenzen gewöhnen können. Zunächst liegen die Gewerkschaften der Kohlenbetriebe wegen der Auslegung des Tarifs mit ihren Unternehmern im Streit. Die Arbeiter haben einige Forderungen erhoben, von deren Behandlung durch die Baale es abhängen wird, ob endlich Ruhe eintritt.

Noch kritischer hat sich die Sache bei den Expeditionsarbeitern gestaltet. Während es anfangs schien, als würde nach einer Verständigung über die noch strittigen Punkte bald eine endgültige Regelung eintreten, hat sich nun das Bild völlig verschoben. Der Hafenbetriebsverein hat zwar gegenüber den weiteren Forderungen der Arbeiter einiges Entgegenkommen gezeigt, aber daneben eine Maßnahme getroffen, die helle Entrüstung der Arbeiter hervorgerufen hat. Er verlangt nämlich Unterstellung der Expeditionsarbeiter unter den nicht paritätischen Arbeitsnachweis, der sich aus guten Gründen bei den Hafnarbeitern größter Unbeliebtheit erfreut. Gegen die verlangte Entnahme von Arbeitskarten haben nur die Expeditionsarbeiter energig Front gemacht und gleichzeitig über den Arbeitsnachweis, der kürzlich im Hafenhaus, Weichstraße, errichtet wurde, die Sperre verhängt. Wie sich die Dinge unter diesen Umständen gestalten werden, ist noch nicht abzusehen.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte gestern für ein auf dem Holstenwall zu errichtendes Gewerbehäus 911 800 Mk. Das Haus soll für die Innungen und zum Teil für die Gewerbekammern zur Verfügung gestellt werden. Der Senatsantrag auf Bewilligung von 778 000 Mark für die Aufhebung des nördlichen Teiles des zwischen dem Eisenbahnrampe der Hamburg-Berliner Bahn und dem Billwärder Industrieanal gelegenen Geländes und die damit im Zusammenhange stehenden Kanal- und Deichbauten, sowie für die Verlegung der Billwärder Dampfentwässerung von Tiefstact nach Allermöhe und die Herstellung einer Eisenbahnbrücke im Zuge der Hamburg-Berliner Bahn nebst vorübergehenden Bahn- und Grabenerlegungen wurde endgültig angenommen. Die Änderung der Gehaltsordnung, die einer Reihe von Beamten Zulagen gewährt, wurde gutgeheißen. Gleichfalls angenommen wurde ein Ausschussantrag, Senat und Bürgerschaft zu eruchen, zwecks Vermehrung der Staats-einnahmen eine Änderung der Betriebs- und Gebührenordnung für die Kanalanlagen und eine Erhöhung des Lonnengeldes vorzunehmen.

Wandsbek. Neue Bürgermeisterwahl in Sicht! Wie aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, ist die Wahl des Herrn Bürgermeisters Fischer aus Forst vom Regierungspräsidenten in Schleswig für ungültig erklärt worden. Die Bürgerschaft Wandsbeks steht demnach vor einem neuen Wahlkampf.

Sömmer. Ertrunken. Im benachbarten Polz ist der Kutscher Peters aus Breeß beim Baden ertrunken. Seine Leiche wurde gefunden. P. hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Blau. Ein Wagenunfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Montag nachmittag in Karow. Infolge des herausziehenden Gewitters fuhren eine Anzahl Schmitter des Gutes, die sich auf Feldarbeit befanden, auf einem Weitemagen in schnellem Tempo zurück nach dem Dorfe. Unterwegs brach plötzlich eine Leiter des Wagens, und die daran lehrenden Mädchen stürzten ab. Ein 18jähriges Mädchen wurde so schwer überfahren, daß es nach wenigen Stunden starb; ein zweites Mädchen wurde schwer verletzt ins Krankenhaus Blau gebracht; die übrigen sind nur leicht verletzt.

Friedland. 685 Schafe verbrannt. Schweres Unheil richteten zwei Gemitter in Wietstok bei Löwig und auf Rittergut Griebow an. Während im erstgenannten Orte einem Blitzschlag 500 Schafe zum Opfer fielen, äscherte ein Blitzstrahl in Griebow den Schafstall mit 185 Schafen ein.

Hofstede. Galali in Mecklenburg. Der „Berliner Volkszeitung“ wird geschrieben: Es war Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. In tiefster Demut ererbend richteten an den damaligen Großherzog die Erbpächter (Bauern) und Büdner des großherzoglichen Domaniums und die in der Hausgutsbegüterung die „alleruntertänigste“ Bitte, wegen Überlassung des Jagdrechts an ihre Gemeinden, zugleich in der Erwartung, daß die acht-hundert Ritter auf ihren 1021 Gütern sich der Entschließung

des Fürsten fügen würden. Die Bittion blieb ohn A n t w o r t! Allerdings geschah etwas. Der Großherzog hörte seine Forstbeamten an. Sie rebeten ihm zu Wunde und sagten, die vorgebrachten Klagen der Erbpächter und Büdner wegen übermäßigen Wildstandes und Überhandnehmens des Wildschadens seien g r u n d l o s. Der Großherzog fühlte sich beruhigt, ordnete jedoch in den unzähligen Jagdbezirken regelmäßige Abschüsse an. Damit war den bedrängten Bauern sehr wenig geholfen. Denn die Forstbeamten, die unter „übermäßigem Wildstande“ etwas ganz anderes als die Landleute verstanden, sparten das Pulver, und nur in ecklichen Forstbezirken knallte es häufiger, wenigstens das Frühjahr darauf. Im Jahre 1890 rafften sich die Bauern und Büdner zu einer Massenpetition an den Reichstag auf, damit er dafür einträte, daß diese in dem Entwurfe zu dem Bürgerlichen Gesetzbuch absichtlich ausgeschlossene und der speziellen Landesgesetzgebung überlassene Materie einheitlich durch Erlaß eines Gesetzes über das Jagdrecht und die Wildschadenfrage für das ganze Reich geregelt würde. Es blieb beim alten. Um sich gegen die Wildpest einigermaßen zu schützen, hatten zahlreiche Gemeinden ihre Gärten und Acker eingezriedigt, und wo größere Besitztümer sind, wurden Wildwächter angestellt. Weil nun aber den Wildwächtern sogar das Schießen mit losen Pulver, also das Abgeben von Schreckschüssen nicht gestattet ist und sich die Hirsche, Rehe und Wildschweine an das Scheuchen und Klappern bald gewöhnen, so lassen sie sich bald wieder auf dem Felde sehen. Somit müssen sich also die Rubel im Domanium und im Ritterchaftlichen auf der Scholle des kleinen Landmannes, der jedes Quadratmeter Land zur Aufrechterhaltung seines Hausstandes nötig hat. Den durch den Jagdport der beiden mecklenburgischen Fürsten und der Ritter hart mitgenommenen Bauern und Büdnern liegt es durchaus fern, mit Flinte und Jagdtasche den „vornehmen Herrn“ zu spielen. Sie denken bei Erfindung des Jagdrechts an nichts weiter, als einzig und allein an die Notwehr gegen das „geheiligte“ Wild. Auf „administrativem“ Wege — hat jetzt der Großherzog der Abordnung geantwortet. Was danach kommen wird?

Brunsbüttelkoog. Ertrunken. Der 10jährige Sohn des Schiffers Müller aus Wietstok fiel von einer Zement-schute auf der hiesigen Zementfabrik „Saturn“ über Bord und ertrank. Die Leiche konnte geborgen werden.

Netterfen. Ein Unglücksfall ereignete sich auf der Pinnau. Als sich der Schiffer Karstens mit seinem Ewer „Rebecka“ unterhalb der Klevendeicher Drehbrücke befand, war dessen Ehefrau mit dem Aufhängen der Wäsche beschäftigt. Plötzlich fiel sie während ihrer Tätigkeit über Bord und verschwand in den Fluten der Pinnau. Die angestellten Rettungsversuche blieben leider erfolglos. Nach der Leiche wird noch gesucht.

Schiffsnachrichten.

D. „Nema“ ist Mittwoch nachmittag von Kronstadt auf hier abgegangen
D. „Wasa“ ist Mittwoch nachmittag in Raumo angekommen.
D. „Weser“ ging gestern von Trarup nach hier ab.
D. „Svithiod“ hat gestern früh 6 Uhr Kolmar verlassen.
D. „Funo“ kam gestern nachmittag in Rotterdam an.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meuer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Gestern mittag starb nach langer schmerzlicher Krankheit meine liebe Frau
Caroline Kleve
geb. Krajewski
im Alter von 42 Jahren.
Tiefbetrauert von mir, meinen Kindern, Eltern, Bruder, Schwägern, Schwägerinnen und allen, die ihre nahe standen.
Johannes Kleve und Kinder.
Die Beerdigung findet am Montag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus statt. (1957)

Sozialdemokratischer Verein
Am Donnerstag nachmittag verstarb unsere Genossin
Frau Karoline Kleve
Biegelstraße 5.
Ihre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag nachmittag 3 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Die Mitglieder sammeln sich um 3 Uhr im „Weißen Hirsch“, Krempe-lsdorfer Allee.
1956) Der Vorstand.

Fackenburg Liedertafel.
Nachruf.
Am 9. Juli verschied unser lang-jähriges Mitglied
Georg Ludolph.
Wir werden demselben ein ehren-des Andenken bewahren.
1917) Der Vorstand.

Zum 1. Oktober Stube u. Küche an einzelne Frau zu vermieten.
1451) **Schwartzau, Lübecker Str. 4.**
Brauner Kinderwagen
auf Gummi, billig z. verkaufen.
1945) **Berecastr. 29, pt.**
Fast neues Fahrrad mit Freil-tadellose Trittnähmaschine, Fenster-neuer Jackentanzug, getr. Jackentanzug u. Stinte zu verkaufen.
1919) **Königsstraße 88, par. 1.**

Fast neues Reit u. Frackanzug, Stiefel, billig zu verk.
1949) **Schildstr. 5.**
1 **Frack, 1 Paletot und Trittleiter,** alles gut erhalten, billig zu verkaufen. (1936)
Warendorferstr. 37, pt.
Gesucht eine gut erhaltene **Mar-tise, 2-2 1/2 Meter breit.** Angebote mit Preis. (1941) **Arnimstr. 2 b.**
2 Satz kräftige Ferkel 1922) zu verkaufen. **H. Lange, Mori.**

Pa. ger. Schinken in Stücken pr. Pfd. 100 u. 115
" **Rollschultern ohne Knochen pr. Pfd. 120**
" **do. im ganzen " " 110**
" **Schweinsbatten ohne Knochen " " 75**
" **Schweinefleisch, Bratenstücke " " 80**
" **Fettes Kalbfleisch, Bratenstücke von 80 an.**
H. Aufschnitt Fleischwurst, Moratella, Zungenwurst, Car-dellenleberwurst, geräucherte Mettwurst Pfd. 120
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Älteste u. billigste Bezugsquelle Vorstadt St. Lorenz
empfiehlt sich in großer Auswahl für:
Damen-Stiefel von 300 Mk. an. **Herren-Stiefel** von 550 Mk. an.
Knaben- u. Mädchen-Stiefel Größe 27-30 v. 300 Mk. Größe 31-35 v. 350 Mk. an.
Spezialität: **Sandalen in allen Preislagen.**
Schuhwarenhaus Hermann Bade,
1279 **Marienstraße 2.**

Fahrräder u. Nähmaschinen
in großer Auswahl
empfiehlt
W. Wiencke, Schwartzau, Lübeckerstr. 4
Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt. (1959)

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

1329) Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt.
Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Sämtliche Reparaturen an Fahrrädern und Näh-maschinen werden gut und billig ausgeführt. (1514)

Käse-Lager, Schlumacherstraße 12.
Rahmkäse } per Pfund 70 bis 80 Pfg.
Schweizer Käse }
Tilsiter Vollfettkäse per Pfund 60 Pfg.
Tilsiter Käse per Pfund 20 Pfg.

Auf Kredit
Sie erhalten bei mir in allergrößter Auswahl zu billigen Preisen bei ganz kleinen Anzahlungen: (1918)

Fahrräder u. Nähmaschinen
in großer Auswahl
empfiehlt
Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Sämtliche Reparaturen an Fahrrädern und Näh-maschinen werden gut und billig ausgeführt. (1514)

Auf Kredit
Sie erhalten bei mir in allergrößter Auswahl zu billigen Preisen bei ganz kleinen Anzahlungen: (1918)

Anzüge	Möbel
1 Anzug 20 Mk., Anzahlung 4 Mk.	1 Zimmer Anzahlung 18 Mk.
1 Anzug 26 Mk., Anzahlung 7 Mk.	2 Zimmer Anzahlung 28 Mk.
1 Anzug 35 Mk., Anzahlung 9 Mk.	4 Zimmer Anzahlung 38 Mk.

Betten
Kostüm-Röcke.
Kinderwagen.

Nur in dem größten Kredithaus
H. Kesten
Holstenstrasse 17, I.

HOLSTENHAUS

S. m. b. H.

Lübeck, Holstenstrasse.

Für je 20 Pfennig

:: Ihres Einkaufes erhalten Sie ::

eine Rabatt-Marke

Extra billige Angebote

für das Volksfest

Weißer Seidenbatist-Kleider 9⁵⁰
mit breiter Stickerei-Passe, Valenciennes-Zwischensätzen u. hohem Stickerei-Volant Regulärer Wert 16.50. Herabgesetzt

Weißer Kostüm-Röcke 1⁸⁵
aus Piquesstoffen Enorm preiswert

Eleg. Leinen-Kostüm 22⁰⁰
modernster Machart mit reichem Stickerei-Revers und breiter Stickerei-Stoff-Verarbeitung . . Regulär 36.00. Herabgesetzt

Bastfarbiger Paletot 9⁷⁵
neuester Fassung aus imit. Shantung . Regulär 15.00. Herabgesetzt

Leichte farbige Woll-Kleider 24⁰⁰
in schicker Ausführung mit Tüllpasse, Blenden und Soutache-Besatz Regulär 34.00-38.00. Herabgesetzt

Garnierte Kinderhüte 1⁹⁵
in Stroh- u. Fantasiegeflechtem Regul. h. 7.50. Herabgesetzt 2.95 u.

Engl. Sporthüte weiß und farbige 95³
Regulär bis 5.50 Herabgesetzt 1.95 u.

Eleg. große Leinenhüte 3⁹⁵
mit Seidenfoulard-Garnitur . . Regulär bis 10.50. Herabgesetzt

Garnierte Damen-Hüte
im Preise bis 50 Prozent ermäßigt.

Eleg. Damen-Halbschuhe 6⁹⁵
mit Lackkappe u. Preßfalten Regulär 8.50. Herabgesetzt

Eleg. Stoff-Halbschuhe (Pumps) 5⁵⁰
in Wildleder imit. u. Sammet Enorm preiswert

Braune u. schwarze Kinderstiefel 2⁹⁵
Herabgesetzt Größe 31-35 4⁵⁵ 27-30 3⁴⁵ 24-26

Eleg. langhüftiges Korsett 3⁹⁵
weiß oder lila, neueste Pariser Form mit breiter Spitze u. Seidenband-Garnierung

Herren-Anzüge neuester Fassung 18⁵⁰
aus gemustertem und marineblauem Cheviot Regulär bis 33.00. Herabgesetzt

Herren-Anzüge moderne 1- und 2reihige Fassons 24⁵⁰
aus engl. gemustertem Cheviot u. gestreiftem Kammgarn Regulär bis 39.00. Herabgesetzt

Herren-Anzüge eleg. 2reihige Fassons 33⁵⁰
aus feinem Tuch und Cheviotstoffen in bester Verarbeitung Regulär bis 55.00. Herabgesetzt

Weißer Kleider

Weißes Stickerei-Kleid 19⁵⁰
m. imit. Klöppeleinsatz u. Spachtelpasse

Weißes Stickerei-Kleid 21⁰⁰
mit farbigen Batistblenden garniert

Weißes Stickerei-Kleid 24⁰⁰
m. imit. Hohlsäum. u. Valenc.-Einsätzen

Elegantes Stickerei-Kleid 28⁰⁰
Schoßtaile m. Seid.-Kord., Val.-Garnier.

Weißer Blusen

Weißer Bluse 1²⁵
aus Seidenbatist mit Stickerei-Einsätzen

Weißer Bluse aus Seidenbatist mit Valenciennes- u. Stickerei-Zwischensätz. 1⁹⁵

Weißer Bluse aus Seidenbatist mit Hohlsäum. u. imit. Klöppeleinsatz. verarb. 2⁹⁵

Weißer Stickerei-Bluse 4²⁵
m. imit. Klöppeleinsatz. u. Valenc.-Passe

Weißer Waschvoile-Bluse 4⁸⁰
m. breit. Stickerei-Einsätzen verarbeitet

Weißer Schoß-Bluse 5⁷⁵
a. Stickereistoff m. imit. Klöppeleinsatz.

Schuhwaren

Damen-Schnürstiefel 4⁹⁵
amerik. Form mit Lackkappe

Damen-Schnürstiefel 6⁹⁵
braun Derbyschnitt mit Lackkappe

Damen-Schnürstiefel 7⁹⁵
Chevreau Derby mit Lackkappe

Herren-Schnürstiefel 6⁶⁵
Rindbox amerikanische Form

Herren-Schnürstiefel 7⁹⁵
Derbyschnitt mit und ohne Lackkappe

Herren-Schnürstiefel 9⁷⁵
Eleg. amerik. Form m. Preßfalt. u. Lackk.

Handschuhe

Poröse Halbhandschuhe 25³
8 Knopf lang

Poröse Fingerhandschuhe 35³
weiß und farbige

Seidene Halbhandschuhe 95³
12 Knopf lang

Perffilet-Fingerhandschuhe 1²⁵
16 Knopf lang

Wasch-Röcke

Weisser Leinen-Rock 4⁵⁰
mit imit. Klöppelzwischensatz u. Knopfgarn.

Gestreifter Leinen-Rock 5⁵⁰
modernster Machart mit Knopfgarnitur

Weisser Leinen-Rock 6⁷⁵
mit breiter Stickerei und Knopfgarnitur

Bastfarbiger Kostüm-Rock 10⁷⁵
imit. Shantung in modernster Machart

Unterröcke

Wasch-Unterrock aus gestreiftem imit. Wiener Leinen mit plissiertem Volant 1²⁵

Wasch-Unterrock aus imit. Wiener Leinen mit doppelt plissiertem Volant 1⁶⁵

Wasch-Unterrock blau-weiß gestreift Falten-Volant mit farbiger Blende 3³⁰

Weißer Unterrock 2⁹⁵
mit Stickerei-Volant und Banddurchzug

Eleganter weißer Unterrock 4⁸⁰
mit 60 cm hohem imit. Klöppel-Volant

Seiden-Jupon 6⁷⁵
mit hohem pliss. Volant in allen Farben

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit Spitzen, Languetten oder Madeirapasse 1⁷⁵ 1²⁵

Ausstattungs-Hemden mit Stickerei, Hohlsaum u. Banddurchz. 2²⁵ 1⁷⁵

Beinkleider mit Stickerei-Volant u. Banddurchzug 1⁶⁵ 1²⁵

Beinkleider mit Stickerei-Ein- und Ansätzen od. mit imit. Handlanguetten 2⁷⁵ 1⁷⁵

Untertaillen aus Stickereistoff mit Banddurchzug 1⁴⁵ 85³

Untertaillen mit Stickerei- oder imit. Klöppel-Zwischensätzen 1⁹⁵ 1⁵⁵

Strümpfe

Damenstrümpfe englisch lang 28³

Durchbroch. Damenstrümpfe in allen Modifarben 75³

Musseline-Damenstrümpfe mit Doppelferse und Sohle 95³

Halbseid. Damenstrümpfe glatt und durchbrochen 1²⁵

Enorm billig

Lebensmittel

beste Qualität

Frisches Gemüse

Grosse Bohnen 2 Pfd. 15³
Jg. Breckbohnen Pfd. 35³
Jg. Wachsbohnen Pfd. 35³
Jg. Kohlrabi 3 Knollen 10³
Wirsingkohl Kopf 15³
Spitzkohl Kopf 19³
Neue Kirschen Pfd. 38³
Neue Planzen Pfd. 38³
Neue Tafelbirnen Pfd. 48³

Fruchtsäfte etc.

Kirschsaft Flasche 1.15³
Himbeersaft Flasche 1.30³
Erdbeersaft Flasche 1.30³
Zitronensaft Flasche 1.30³
Apfelsaft, rot 65³
Apfelsaft, weiß 65³
Apfelsaft Flasche 43³

Neue Schabekartoffeln 25 ³ 5 Pfund	Neue Jager Matjesheringe 9 ³ Stück
Junge Schnabel-Erbesen 9 ³ Pfund	Prima Landspeck (mager) 90 ³ Pfund
Junge Wurzeln 3 ³ Bund	Geräucherter Lachs 95 ³ Pfund
Neue Gurken 12 ³ Extra groß Stück	Echt westf. Pumpnickel 16 ³ Brot
Ital. Tomaten 23 ³ Pfund	Zitronensaft 1 ⁰⁵ mit Zucker p. Flasche

Kolonialwaren

Zucker, gemahlen . Pfd. 25³
Reismehl Pfd. 19³
Kartoffelmehl Pfd. 22³
Sagomehl Pfd. 28³
Mannagrütze Pfd. 28³
Buchweizengrütze Pfd. 21³
Graupen mittel Pfd. 20³
Rangoon-Reis Pfd. 23³
Salz Pfd. 9³ Soda 3Pfd. 10³

Delikatessen

Cap.-Hummer 1Pfd.-Dos. 1.75³
Nords.-Krab. 1Pfd.-Dos. 75³
Mayonnaise Glas 44³
Sardinen in Oel Dose 52³
Alt. Holländ. Käse Pfd. 1.00³
Tilsiter Käse pikant Pfd. 35³
Fromage de Brie Pfd. 85³

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Ar. 161.

Freitag, den 12. Juli 1912.

19. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 11. Juli 1912.

Der Vorsitzende Dr. G ö r g eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 30 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Lippert in einer persönlichen Bemerkung gegen Stellung, der ihm persönliche Bepfehlung vorgeworfen habe. Das entspreche nicht den Tatsachen. Er habe seine Ausführungen auf Grund eigener Wahrnehmungen gemacht und nicht auf Zitaten anderer. Ferner kritisiert Lippert das Stimmungsbild im „Lübecker Volksboten“ über die letzte Bürgerschaftssitzung und bezeichnet diese Art Bekämpfung eines Gegners als unfein. Stellung habe lange Unterhaltungen mit den Wagenführern gepflogen und es sei nicht zu bestreiten, daß diese Unterhaltungen die Sicherheit des Betriebes gefährdeten. Auch eine Äußerung des „Vorwärts“ bringe ein ganz falsches Bild. Die sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder nähmen für sich das Recht in Anspruch, ihre Kritik vorzutragen, er verarge ihnen dieses nicht, doch müsse er auch dieses Recht für sich beanspruchen. Die beiden Hälften hätten sich eine schamlose Entstellung geleistet und die Sache direkt auf den Kopf gestellt.

Stellung: Herr Polizeinspektor Lippert hat behauptet, daß ungefähr 20-30 Herren mich beobachtet hätten, und daß er selbst gesehen habe, wie ich mit den Wagenführern während der Fahrt lange Unterhaltungen gepflogen hätte. Die Ausführungen des Herrn Polizeinspektors, wie sie in der Bürgerschaft vorgetragen wurden, haben auf Kontrolleure und Fahrpersonal geradezu lächerlich gewirkt. Diese Leute wissen, was sie sagen. Machen wir uns doch nichts vor. Fast jeder spricht einmal mit den Führern (Zuruf: Nein, nein!) Man unterhält sich über das Zusammentreffen, oder über das Fahren (Zuruf: Nein!) Erzählen Sie mir doch nichts; auch Herr Klein hat sich z. B. schon mit Wagenführern während der Fahrt unterhalten. Dadurch wird der Betrieb nicht gefährdet. Die Anführung des „Volksboten“ und des „Vorwärts“ seitens des Herrn Lippert beweisen, daß die dort erteilten Hiebe geübt haben. (Lachen bei den Bürgerschaftsmitgliedern.)

Dr. Wittern (zur Geschäftsordnung) bemängelt, daß er im Protokoll der letzten Sitzung, trotzdem er dort gewesen sei, als abwesend verzeichnet steht und ersucht um Abänderung.

Dr. G ö r g: Herr Dr. Wittern war nur drei Minuten in der Sitzung anwesend, während dieser Zeit verhandelte er mit einem Herrn. An den Beratungen hat er nicht teilgenommen.

R ö h n ersucht, den Antrag von Dr. Wittern zu unterstützen.

Dr. G ö r g: Wenn Herr Dr. Wittern längere Zeit auf dem Platze geblieben hätte, müßte dem Antrage natürlich stattgegeben werden. Das war aber nicht der Fall.

Dr. Wittern: Ich kann meine Ausführungen durch Tatsachen beweisen Herr Dr. G ö r g —

Der Vorsitzende: Ich bitte Herrn Dr. Wittern, nicht mit Dr. G ö r g zu sprechen, ich bin hier Vorsitzender der Bürgerschaft.

Dr. Wittern: Der Herr Vorsitzende hat sich nicht zum ersten Male geirrt. Im Ansehen unserer Bürgerschaft liegt eine solche schulmeisterliche Aufsicht nicht. Was ich hier tue, geht Herr Dr. G ö r g nichts an.

Dr. G ö r g (unterbrechend): Der Vorsitzende heißt's.

Dr. Wittern: Ich bitte Herrn Dr. G ö r g — (wieder erregte Unterbrechung seitens des Vorsitzenden, der mit Wortentziehung droht.) Also ich ersuche um Protokolländerung.

Aug. P a p e pflichtet Dr. Wittern bei; dieser sei längere Zeit anwesend gewesen.

Dr. G ö r g: Anwesend ist nur, wer der Verhandlung beiwohnt.

Dr. Witterns Antrag wird abgelehnt. Vom Senatstisch wird eine längere Erklärung über die Notariatsstellvertretung verlesen, die die bisherige Praxis gutheißt. Das Dekret wird zur Einsicht ausgelegt.

1. Antrag: Errichtung einer Viehverkaufshalle.

Hent (Wiltwisch) wünscht Kommissionsberatung. Es sei noch lange nicht alles in der Vorlage geklärt. Vor allem müsse für praktischen Bahnanschluß gesorgt werden. Eine zweite Lesung müsse man jetzt auf alle Fälle einführen. (Zuruf bei den Sen.: Hör, hör!) Bei der ungenügenden Beratungszeit könne man sich unmöglich in die Vorlagen hineinarbeiten.

Senator Straß wendet sich gegen Kommissionsberatung, die die Sache ein volles Jahr hinausgeschoben würde. Der Bürgerausschuß habe die Vorlage genügend geprüft.

Dahms erklärt, die Kommission habe den Bahnanschluß vollkommen gemüßigt, er belege jedoch großen Terrain-schwierigkeiten. Die jetzige Vorlage berücksichtige alles Notwendige. Die Kommission empfehle den Bahnanschluß als Wunsch.

Hent (Wiltwisch) ist selbstredend für den Bau der Halle, will jedoch Dummheiten in der Anlage verhüten wissen. Das Projekt erfordere 183 000 Mk.; deshalb sei eingehende Prüfung notwendig.

Fuß bittet um Annahme der Senatsvorlage; alles sei reiflich erwogen, Schwierigkeiten entständen bei der vorgelegenen Anlage in keiner Weise.

Peter Pape tritt für Kommissionsberatung ein und bespricht im einzelnen die ungenügende Zuwegung zur Brücke. Er stellt ferner die Anfrage, ob auf beiden Seiten für Zuwegung gesorgt werde. Herr Senator Straß müsse er erwidern, daß wenn die Vorlage zwei Jahre bis zur Reife gebraucht habe, komme es auf einige Wochen länger nicht an. Es handle sich um eine Ausgabe von 183 000 Mk. und Nachforderungen würden gewiß noch kommen, daran sei man ja gewöhnt. Auf den direkten Bahnanschluß dürfe auf keinen Fall verzichtet werden. Die Kommission könne auch schnell arbeiten.

Dahms: Von einem Bahnanschluß hat die Kommission nicht abgeraten.

Dr. Wegke erwidert Pape, daß der jetzige Verkehr auf der Brücke sehr gering sei; allerdings sei auf der einen Seite die Zuwegung schlecht. Wenn wir den Bahnanschluß verlangen und durchsetzen, wird uns die Lübeck-Büchener Bahn mit andern Forderungen kommen. Die Bürgerausschußkommission habe reiflich geprüft.

Aug. Pape: Der Verkehr auf der St. Lorenz-Brücke ist freilich vorderhand nicht sehr groß, er wird sich aber mit der Zeit heben. Redner unterstützt den Antrag Hents

Kommissionsberatung, trotz der eingehenden Beratung der Kommission. Die Bürgerschaftsmitglieder haben in den paar Tagen die Vorlage, die 183 000 Mk. fordert, nicht genügend prüfen können.

Senator Straß: Durch die sorgfältige Prüfung der Vorlage hat sich deren frühere Einbringung gerade verzögert. Eine neue Kommission kann nichts Neues mehr schaffen.

Dahms verteidigt die Wahl des Platzes; würde der Platz jenseits gewählt worden sein, wäre wieder die Schützenstraße im Wege.

Hent (Wiltwisch) glaubt auch, daß der Platz der geeignetste ist, doch könnte durch den Bahnanschluß Besseres erzielt werden.

Senator Straß freut sich über Hents Äußerung in bezug auf den Platz, kann jedoch den Teil der Ausführungen, die den Bahnanschluß betreffen, nicht unterstützen.

Aug. Pape: Die Brücke muß in Zukunft zeitweise gesperrt werden, wenn die Ausführung der Vorlage gemäß erfolgt. Die Bahn hat auch ein gewisses Interesse an der Sache.

Senator Straß steht in der ganzen Vorlage eine Fortsetzung früherer Arbeiten und

Brösch (Harmsdorf) konstatiert die Übereinstimmung der Bürgerschaft in der Hauptfrage, um so mehr, als andere Städte versuchen, den Handel an sich zu reißen.

Dr. Wegke legt dem Senat weitere Wünsche der Kommission nahe, insbesondere die Errichtung einer Viehbörse.

Hent's Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

2. Antrag: Pausliche Erschließung von Ländereien in der Gemeinde Israelsdorf.

Böbs stellt einen Zusatzantrag: „Der Bürgerschaft von jedem Verkauf von Bauplätzen alsbald Mitteilung zu machen.“

Grünau bringt verschiedene Wünsche in bezug auf die Bebauung vor und fragt, ob der Verein für Gesundheitspflege seine Anlagen dort sofort wegnehmen muß. In diesem Falle müßte der Verein entschädigt werden.

Senator Dr. St o o s s kann über das letztere keine Auskunft geben, doch werde aller Wahrscheinlichkeit nach dem Verein weitmöglichst entgegenkommen. Die Bedenken der Bauweise teilt Redner nicht.

Hent (Wiltwisch) ist für eine Bebauung von Israelsdorf, nicht aber für eine solche von Karlshof. Der Platz werde eventuell für den Luftschiffplatz gebraucht. Der Doppel-tatenbau für Forstarbeiter zwischen Israelsdorf und Gohm-mund sei verkehrt. Man solle nicht so blindlings bemilligen und eine zweite Lesung einführen, dann könne man die Fragen prüfen. Ein Mißstand sei auch das Rasen der Autos in der Israelsdorfer Allee. Für ein mäßiges Tempo müsse gesorgt werden.

Senator Dr. St o o s s sagt Verückichtigung des letzten Wunsches zu.

Wandke wünscht die Preise für die neuen Wohnstätten so festgestellt, daß man auch mit andern Nachbarorten konkurrieren könne. Die Plätze sollten direkt von der Behörde vergeben werden und nicht durch dritte, wie in Rükniß.

Senator Dr. St o o s s: Das letztere wird geschehen.

Dr. Ziehl bemängelt ebenfalls das schnelle Fahren der Autos, das den Spaziergängern den Aufenthalt in der Israelsdorfer Allee unmöglich mache. Eine dringende Änderung sei notwendig.

In der Einzelberatung wünscht

Dr. Ziehl die Mittel aus der Schuldentilgungskasse voll genommen und nicht nur vorschubweise. Separatkonten sollten nicht noch mehr eingerichtet werden. Die Bürgerschaftsmitglieder konnten sich darin kaum noch aus.

Senator Dr. G s c h e n b u r g hat gegen die Streichung des Wortes „vorschubweise“ kein Bedenken.

Dr. Ziehl beantragt hierauf, das Wort zu streichen.

Böbs begründet seinen Antrag. Dadurch könnten wir auch den geforderten Betrag für den Platz erfahren.

Senator Dr. G s c h e n b u r g hat nur gegen die Form des Antrags etwas einzubringen, er wünscht ihn in ein Ersuchen ohne gewisse Zeiteinhaltung umgewandelt.

Böbs ist damit nicht einverstanden. Bei einem Verkauf bleibe der Preis doch kein Geheimnis mehr.

v. S c h a c k: Die Mitteilung vom Verkauf der Industrieländereien bekommen wir wohl, nicht aber erfahren wir die Preise. Da mag es wohl angebracht sein, hier bei der Vorlage nicht. Wir können dadurch eventuell eine Abwanderung nach den Nachbarländern verhindern.

Senator Dr. G s c h e n b u r g: Um die Abwanderung zu verhindern werden die Preise niedrig gesetzt werden, darin sind sich Senat und Bürgerschaft einig. Ein Ersuchen genügt vollkommen.

Böbs ändert seinen Antrag dahin um: „Von jedem Verkauf von Bauplätzen ist der Bürgerschaft baldigst Mitteilung zu machen.“

Der Antrag Böbs wird angenommen; auch derjenige von Dr. Ziehl.

Pastor G e r s hat ebenfalls den Eindruck, daß die Bewilligung der Mittel für das Doppelwohnhäuser für Forstarbeiter ein verfehlter Beschluß war; vom Revierförster sei auch ein anderer Platz gewünscht worden. Sollte die Bebauung in Israelsdorf fortgeschritten, stände dieses Doppelhaus im Wege. Eine Nachprüfung jenes Beschlusses sei notwendig.

Senator Dr. G s c h e n b u r g ist nicht in der Lage, über diese Frage Auskunft zu geben. Auch die heutige Versammlung könne hierüber nicht beschließen.

Dr. Ziehl bemängelt die im Bau begriffenen Forst-häuser hinter Gohm-mund. Es sei gar nicht zu begreifen, daß dort Derartiges ausgeführt werde. Vor allem sollte aber auch ein Vertreter des Finanzdepartements hier anwesend sein, um Auskunft geben zu können.

R o s e n q u i s t bringt Wünsche in bezug der Abwässer bei den neuen Bauplätzen vor.

Pastor G e r s stellt einen Antrag, den Senat zu ersuchen, das Finanzdepartement möge eine nochmalige Prüfung der Lage des für Israelsdorf geplanten Doppelwohnhäuser für Forstarbeiter vornehmen.

Der Senatsantrag wird angenommen, auch das Ersuchen von Pastor G e r s.

3. Antrag: Erlaß eines vierten Nachtrags zu dem Gesetze vom 19. Februar 1896 betreffend die Erhebung einer Abgabe von Luftbar-

S c h a r f f: Der Antrag ist für mich völlig unannehmbar. Das frühere Gesetz sollte unsere Finanzen aufhellen, ohne damit jemand zu belästigen. Das Polizeiamt hat bei dem Senat beantragt, ihm die Befugnis zu geben, die Erhöhung der monatlichen Abgabe von 150 bis auf 500 Mk. vorzunehmen, weil der Gewinn aus den betr. Unternehmen sehr groß sei. Woher das Polizeiamt diese Kenntnis hat, weiß ich nicht. Das ist ja die reine Vermögenskonfiskation, die schließlich jedem anderen Betrieb, der einmal viel Geld verdient, auch paßieren kann. Die Konkurrenz sollte wohl allein des Stadttheaters wegen unterdrückt werden. Wenn der jetzige Polizeiherr die volle Steuer nicht anwendet, dann tut es vielleicht der nächste. Das Gesetz ist eine große Ungerechtigkeit und bedeutet nichts anderes als Unterbindung der Gewerbefreiheit.

Stellung: Ich kann mich Herrn Scharff nur anschließen. Die Begründung der Senatsvorlage ist sicherlich nicht stichhaltig. Es wurde mit Recht hervorgehoben, daß wir, wenn wir uns der Senatsbegründung anschließen, den Betrieb eines bestimmten Gewerbes unterbinden. Wir wissen wohl, daß die Kinos mehr und mehr ausarten in Unternehmungen, die Schund bieten. Leider (Zuruf: Hör!) wird in dieser Weise eine Volksvergiftung vorgenommen, auch bei den Kindern, die zahlreich hingehen. Es ist aber verkehrt, wenn man nur auf dem Standpunkt steht, weil die Kinesmatographentheater um sich greifen, sie mit Ausnahme-steuern unterdrücken zu wollen. Will man etwas schaffen, müssen andere Maßnahmen ergriffen werden als steuerliche Ungehörlichkeiten. Wollen Sie die Kinos ausmühen bekämpfen, dann müssen Sie dafür sorgen, daß den Minderbemittelten mehr als bisher Gelegenheit gegeben wird, das Stadttheater zu besuchen. Das ist die beste Bekämpfung der Kinos und wirksamer, als die steuerliche Ungerechtigkeit des Senatsantrags. Ich bitte, Herrn Scharff zu folgen und den Antrag abzulehnen.

Lange: Schmutz und Schund, die in Kinos unter Volk getragen werden, sind sehr verderblich, und ich schließe mich den Vorrednern an, aber hier haben wir es nur mit einer Steuer zu tun. Einer solchen Vorlage können wir nicht zustimmen, um so weniger, als die Einnahmen der Kinobesitzer lange nicht so hoch sind als angenommen wird. Angebracht wäre hier eine Villetsteuer.

Senator Dr. Neumann: Gehe das Polizeiamt sich mit der Vorlage befasse, haben bei den Kinesmatographentheatern bedauerliche Auswüchse bestanden; sowohl in bezug auf Vorführung wie in den ausgestellten Bildern. Auch die sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkte sprechen hier mit. Eine Besserung ist in letzter Zeit eingetreten. Doch ist die Art der Darstellung, namentlich der Dramen, wenn auch nicht gerade unästhetisch, so doch für die Jugend gefährlich. Gerade gestern hat eine hiesige Tageszeitung (Der „Volksbote“, D. B.) in außerordentlich guter Weise von ärztlicher Seite auf die Gefahren hingewiesen. Wünschenswert ist deshalb, daß die Kinesmatographentheater nach der Gewerbeordnung nicht günstiger gestellt werden sollten als die Varietetheater usw., d. h. die Bedürfnisfrage ist zu stellen. Hier spricht jedoch das Reichsgesetz mit. Solange wir eine reichsgesetzliche Regelung nicht haben, muß die steuerliche Hilfe eingreifen. Die bestehenden Unternehmungen sollen durch die Vorlage keineswegs erdrückt werden. Das Polizeiamt beabsichtigt durchaus nicht, für alle Kinesmatographentheater nun gleich die volle Steuer einzuführen. Das Gesetz soll sich weniger gegen die bestehenden Betriebe wenden, sondern den eventuellen neuen Unternehmungen vorbeugen. Würden diese Betriebe keinen Gewinn versprechen, hätten sich in den letzten Jahren nicht immer wieder neue gebildet. Es ist mir bekannt, daß ganz ansehnliche Gewinne erzielt wurden. Die Kinos bereiten der höheren Kunst nicht nur in Lübeck, sondern überall ganz gewaltige Konkurrenz. Die Stadt muß ihr eigenes Unternehmen nach Möglichkeit kräftigen, damit es unter günstigeren Bedingungen arbeiten. Persönlich stehe ich der Einführung der Villetsteuer sympathisch gegenüber, aber bis diese Frage erledigt ist, sollte diese Vorlage die Lücke ausfüllen. Die Bürgerschaft wird dem ersten Redner nicht beistimmen.

Scharff: Aus der langen Rede ist nichts weiter zu entnehmen, als daß durch eine gewaltige Steuer die Betriebe unterdrückt werden sollen. Einem Vertreter des Polizeiamts kann ich eine solche Vollmacht auf keinen Fall geben. Schließlich ist das Wohlwollen des Polizeiamts dem einzelnen Kinesmatographentheaterbesitzer gegenüber noch maßgebend. Schlechter als das Intime Theater im Reutertrug wirkt das Kino auch nicht.

Loose wendet sich gegen die Vorlage.

Neuner sieht in der Steuer, die alle trifft, keine Erdrösselsteuer, denn in diesem Falle würde sie doch wieder auf die Eintrittspreise abgewälzt werden. Auf das einzelne Villet würde es höchstens 5 Pfennig ausmachen und diese können von den Besuchern getragen werden.

Dr. Wenda: Wir würden unverantwortlich handeln, wenn wir hier nicht scharf vorgehen würden. Wir sind Sachen bekannt, die in hiesigen Kinos im dunklen Raume passiert sind, die ich Ihnen leider nicht vortragen kann. Aber sie erfordern die schärfsten Maßnahmen. Im hiesigen „Volksboten“ stand ja ein sehr beherzigenswerter Artikel gegen die Schädlichkeit der Kinos, um so mehr wundere ich mich über die heutigen Ausführungen des Redakteurs dieses Blattes in dieser Sache. Die Steuer kann getragen werden und die Kinesmatographentheaterbesitzer sind froh, wenn sie nicht noch mehr bezahlen müssen. Viele Kinobesitzer sind nicht hochgekommen, weil sie ungenügende Mittel hatten. Dabei haben manche von ihnen ungeheuren Schaden durch Schuldenwirtschaft angerichtet.

Lange: Wenn die Kinos sittlichen Schaden verbreiten, können Sie einfach die Zensur verschärfen. In Hamburg werden für Jugendliche ausgewählte Programme vorgeführt. Das kann auch hier geschehen, die Erdrösselung durch eine Steuer ist unangebracht.

Dr. Hartwig: Theoretisch liegen gegen die Besteuerung Bedenken vor, aber sie überwiegen keinesfalls den Vorteil derselben.

Lippert spricht zugunsten einer scharfen Besteuerung. Das hiesige Vorgehen sei nicht einzig, in Süddeutschland gehe man mit ähnlichen Mitteln vor. Nicht nur das Theater, sondern auch der Wirtestand leide unter den Kinos.

Dr. Gilbert hebt den gewaltigen Schaden hervor, der durch die Kinesmatographentheater für die Jugend geschehe. Redner wünscht einen neuen Paragraphen, nach dem für Kinesmatographentheater beim Bestehen von weniger als einem Monat eine Steuer von 1-30 Mk., und bei längerem Bestehen eine solche von 20-500 Mk. monatlich erhoben werden soll.

Senator Dr. Schenburg hat gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Man gedenkt sich wiederholt gegen die Steuer und tritt für Verschärfung der Zensur ein.

Senator Dr. Neumann: Mit der Zensur allein ist nichts zu machen, wir können nicht alles verbieten, was anderwärts erlaubt ist.

Aug. Pape: Nach Herrn Lippert scheint die Eingabe der Witte Einfluss auf diese Vorlage gehabt zu haben. Sie wollten also ändern eine Steuer aufheben. Die Vorlage kann ruhig abgelehnt werden, denn aus der Luftfahrsteuer sollen die Jugend schonen, dann schaffen Sie ein Kino-Verbot für diese, die erwachsene Bevölkerung braucht sich von der Polizei nicht bevormunden zu lassen. Daß die Polizei dafür ungeeignet ist, das hat ja der Schapiroprozeß wieder bewiesen. Woher die Filme kommen, ob aus Paris oder Berlin, ist unerlet, auf diesen engherzigen Standpunkt dürfen wir uns nicht stellen.

Dr. v. Brocken: Der Betrieb an und für sich rechtfertigt eine höhere Besteuerung, doch braucht ein besonderer Antrag, wie ihn Herr Dr. Gilbert gestellt hat, nicht gestellt zu werden.

Dr. Gilbert zieht seinen Antrag zurück.

Dr. Hartwig: Wir müssen hier die Interessen der Gesamtheit vertreten und nicht die der Kinematographenbesitzer. Es ist besser, daß einer Schaden leide, als daß das ganze Volk verderbe.

Lippert bittet Aug. Pape, nicht immer seinen Beamtencharakter hervorzuheben, man solle froh sein, wenn ein Beamter ein offenes Wort riskiert. Er spreche hier als Bürgerchaftsmitglied und nicht als Beamter.

Aug. Pape: Wir wollen keine Erbschaftsteuer; machen Sie im Theater den ersten Rang zum dritten, dann hebt sich der Theaterbesuch. Im Interesse des Theaters muß diese Vorlage abgelehnt werden.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

4. Antrag: Abänderung des Besoldungs-etats für die Beamten der lübeckischen Zollverwaltung.

Klein fragt, wann die Bürgerchaft die Senatsvorlage über die Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit zu erwarten hat.

Aug. Pape wünscht Beschleunigung der Sache. Wenn man energisch vorgegangen wäre, hätte die Angelegenheit weiter sein müssen.

Die Vorlage wird angenommen.

5. Antrag: Revision des Gesetzes vom 5. Dezember 1906, betr. die Erhebung von Siedlungsabgaben von den Grundstücken des Strandgebiets Travemünde.

Dr. Stoß verteidigt die Senatsvorlage, die der Bürgerchaft abgelehnt hat, der Bürgerchaft entgegenzubringen. Die Abgaben bringen etwa doppelt so viel ein, als die Kosten betragen, eine Hemmung tritt für Travemünde nicht ein. Genera so wie die Radfahrsteuer zur Neu- anlage und Unterhaltung verwendet wird, soll auch hier gesehen; wenn sich eine Herabsetzung veranlaßt, kann sie auch hier eintreten.

Grünau erklärt in den bisherigen hohen Siedlungsabgaben eine Last für die Travemünder. Auch die Hamburger würden dadurch abgehakt, nach Travemünde zu kommen. Einige müßten pro Monat 50 Mk. Siedlungsabgaben bezahlen. Die Senatsvorlage ergebe eine Besserung, deshalb spreche er zu ihren Gunsten.

Der Antrag wird mit einer Abänderung Grünaus angenommen.

6. Antrag: Anderweitige Einführung der Schützenstraße in die Zufahrtstraße zum Güterbahnhof.

Böhs kann eine Zweckmäßigkeit in dieser Vorlage nicht erblicken. Man habe hier wieder mit der Bahn zu tun, und da müsse man vorsichtig sein. Bei Annahme dieser Gesetze seien wir etwa 6500 Mk. los, das sei der ganze Vorteil.

Wandke: Einige kleine Vorteile sind wohl vorhanden, sie rechtfertigen jedoch die Vorlage nicht. Die Lübeck-Büchener Bahn sollte sich nicht nur die Herrschaft bezahlen, sondern auch den Grund und Boden. Wir müßten der Bahn jeden geforderten Preis für die Sperrvorrichtung bezahlen.

Senator Dr. Stoß: Von einer Bezahlung des Grund und Bodens ist nirgends die Rede.

Wandke: Wenn dies die Auffassung des Senats ist, dann liegt hier eine Unklarheit vor, wie man sie sich kaum denken kann.

Dr. Köhler gibt hierauf nähere Aufklärung.

Der Senat zieht zur weiteren Prüfung die Vorlage zurück.

7. Antrag: Herstellung eines Spielplatzes bei der Bafion Buniamshof.

Böhs weist auf eine Unrichtigkeit im Bericht hin. Die darin vorgezeichneten 20 Bäume sind schon gepflanzt, ehe die Vorlage erlassen.

Vom Senatsrat wird das Bemängelte richtig gestellt.

Dr. Schömer: Wir begrüßen die Vorlage als Mittel zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend, befürchten aber, daß der Platz den Kindern, denen er am notwendigsten ist, der Arbeiterchaft, nicht zur Verfügung stehen wird. Bürgerliche und Arbeitervereine werden in Lübeck mit zweierlei Maß gemessen. So wurde der Arbeiterverein am 1. Mai verboten, angeblich weil der Verkehr gehindert würde. Den Särgern und Soldaten wurde jedoch gestattet, durch dieselben Straßen und zur gleichen Tageszeit zu marschieren, wie die Arbeiter verlangten. Welcher Unterschied hier in den Verkehrsbehindernissen bestehen soll, wissen wir wirklich nicht. Die Arbeiter werden eben unter ein Ausnahmegeretz gestellt. Auch für den Spielplatz scheint dies der Fall zu sein. Ein Vertreter der hiesigen Turnvereine wurde gehört. Einen solchen Vertreter sämtlicher hiesiger Turnvereine gibt es nicht. Jedenfalls wurde der Vertreter des Arbeiterturnvereins und Sportvereins nicht berücksichtigt. Dabei ist gerade der Turnverein der hiesigen Arbeiterchaft die wichtigste Stütze, die die Arbeiterchaft gegen die Sozialdemokratie in Veranahnungen stehen. Die deutsche Turnerschaft erhebt nicht, wie das neue Wort lautet, körperliche Erziehung, sondern die Vorbereitung für Wehr- und Flottenarbeit. Bei dieser Gelegenheit soll die Arbeiterchaft wieder ausgeschlossen werden. Ich erlaube mir eine Senats- erklärung, ob meine Behauptungen hinsichtlich des Spielplatzes in gerate für die Arbeiter sehr notwendig.

Senator Dr. Schenburg glaubt namens des Senats die Erklärung abgeben zu können, daß keine Ausnahmen getroffen werden.

Die Senatsvorlage wird angenommen.

8. Antrag: Ausbau der verlängerten Brodstraße.

Neuner kommt auf den früheren Zustand auf der Brodstraße zu sprechen und glaubt, daß durch eine provisorische neue Fassung nichts Dauerndes geschaffen wird. Der längere Verkehr zeige mit jedem Tage, daß gerade die Brodstraße heute mehr ein Störschub als eine Förderung sei. Jede provisorische Arbeit sei

zu verwerfen, es müsse endlich etwas Ganzes geschaffen und eine Hochstraße bei der Straußstraße geschaffen werden. Eine Sanierungspolitik in der Inneren Stadt sei notwendig, aber diese könne nur durch eine gute Verbindung mit den Vorstädten herbeigeführt werden.

Böhs: Ich gehöre der betr. Kommission an, und kann nur erklären, wenn der Wunsch des Herrn Neuner angenommen wird, verschiedene Herren die Arbeit zu tun werden. Es handelt sich um Millionen.

Der Antrag wird angenommen.

9. Antrag: Ausführung des Radfahrweges in der Brandenburger Chaussee.

Rosenquist bemängelt den jetzigen Zustand des Radfahrweges nach Schwartzau, der durch die Gasleitung verdorben sei.

Möller wünscht den Ausbau des Radfahrweges bis zur Landesgrenze. Im Interesse der Lübecker Kaufleute müßten alle Wege und Verkehrsverbindungen bis zu den Landesgrenzen durchgeführt werden. In Moisling, Krempelsdorf, Israelsdorf sei ebenso verfahren. Die abgeänderte Vorlage müsse man ablehnen. Bis zur Grenze des Radfahrweges auszubauen, sei notwendig, denn die militärischen Nachübungen zögen sich bis Herrsburg hin. Auch der Weg nach Schönböfen bedürfe endlich der Verbesserung.

Köster erucht um Zustimmung zur Vorlage, weil weiter vorderhand nichts zu erreichen sei. Das Bauamt handle mit den Radfahrwegen nach Güttdünen, derweil seien die Bestimmungen hierüber durch Rat- und Bürgerchaft beschlossen. Dem Bauamt stehe es nicht zu, Radfahrwege selbständig zu verlegen oder aufzuheben und somit die Beschlüsse illusorisch zu machen. Die Verlegung des Radfahrweges in der Rodestraße sei verfehrt. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Dr. Stoß: Selbstverständlich dürfe das Bauamt nicht derartig handeln, es sei jedoch eine Frage, ob dieser Weg, den der Vorredner angezogen habe, einem Rat- und Bürgerchaftsbeschlusse seine Entziehung verdanke.

Neuner pflichtet Rosenquist bei und trägt weitere Wünsche über die Radfahrwege vor.

Senator Dr. Stoß sagt Berücksichtigung zu. Momentan könne er die Beschwerde nicht prüfen.

Rosenquist: Wenn eine Gasfernleitung gelegt wird und man eine solche Arbeit unter Aufsicht hat, sollte man wohl wissen, wie die Angelegenheit steht.

Böhs und Köster unterhalten sich weiter über die Zustände der Radfahrwege.

Der Antrag des Senats wird angenommen, auch derjenige von Köster.

10. Antrag: Drucklegung des dritten Bandes des Inventars der lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Aug. Pape bittet, die Versammlung zu vertagen, andernfalls bezweifle er die Beschlußfähigkeit.

Die Versammlung ist beschlußfähig.

Es wird in der Beratung fortgefahren.

11. Antrag: Bewilligung von 19600 Mark für die Ausführung von Arbeiten beim Neubau der Seilanlage.

Dr. Ziehl fragt nach dem Termin der Eröffnung der Seilanlage.

Senator Dr. Stoß glaubt, daß dieser Zeitpunkt am 1. Oktober eintritt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

12. Antrag: Gewährung einer Altersunterstützung an den Marschallin J. M. Chr. Eilbe.

Brunk ist mit dem Antrag einverstanden und fragt, wie es denn mit der Kugelinfektion stehe. In der Bürgerchaftsausschußkommission sei Bericht erstattet worden, seitdem habe man nichts mehr davon gehört. Es sei endlich Zeit, daß die Vorlage erledigt werde. Die Materie sei eine schwierige, aber es müsse doch endlich vorwärts gehen.

Senator Dr. Stoß antwortet, ist aber am Pressetisch unverständlich.

Die Vorlage wird genehmigt.

13. Antrag: Neupflasterung der Kronsforder Allee von der Seniner Straße bis zur Kahlhorststraße.

Neuner bittet um Vertagung und zweifelt die Beschlußfähigkeit an.

Dem wird widersprochen.

Der Antrag wird angenommen.

14. Antrag: Errichtung einer achten Gerichts-vollzieherstelle.

Köster bittet die Gerichtsvollzieher von Geschäften zu entlasten, die von Minderbefohlenen verrichtet werden können. Sonst müßten in absehbarer Zeit noch mehrere Gerichtsvollzieher angestellt werden.

Lange fragt, wie es mit der Anstellung der Gerichtsvollzieher stehe.

v. Schaack: Arbeiten, die von Minderbefohlenen ausgeführt werden können, sollen von diesen auch gemacht werden, das liegt im Interesse des Staats.

Neuner will die Uniformierung der Gerichtsvollzieher endlich abgehandelt wissen.

Kahn: Der Bericht der Kommission über die Anstellung der Gerichtsvollzieher ist fertiggestellt und wird in der nächsten Bürgerchaftssitzung vorgelesen.

Der Antrag wird angenommen.

15. Antrag: Aufhebung der Kautionspflicht der Beamten des Gerichtsvollzieheramtes.

Köster erucht, den Beamten die Kautionspflicht möglichst bald auszuheben.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Schluß 10 Uhr 25 Min.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Auswertung der Metallarbeiter in Hannover. Am Mittwoch haben die streikenden und ausgesperrten Arbeiter von 10 der 34 beteiligten Betriebe in sechs Versammlungen Stellung zu den jetzigen Unternehmervorschlägen genommen. Von den 3928 abgegebenen Stimmen waren 2142 für und 1786 gegen die Annahme der Vorschläge abgegeben worden. Es stehen nun noch die Entscheidungen von 15 Betrieben aus, die am Donnerstag in vier Versammlungen herbeigeführt werden. Die Annahme der Vorschläge ist gesichert. Die Schlussverhandlungen werden am Freitag zwischen den beiden Kommissionen erfolgen. Wenn keine Zwörungen eintreten, wird mit der Arbeitsaufnahme Anfang nächster Woche begonnen werden können.

Fabrikarbeiterstreik. Bei der Weltfirma Joh. Gottl. Hauswirth in Magdeburg sind die Arbeiter der Zigarrenfabriken in den Ausstand getreten. Es streiken 272 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiter fordern eine Lohnsteigerung und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen; die Firma verhielt sich jedoch ablehnend und stellte nur für den 1. Januar 1913 eine Lohnzulage in Aussicht, deren Höhe sie aber nicht einmal angab. In der vergangenen Woche legte schon eine Anzahl jugendlicher Arbeiter die Arbeit nieder, was die Firma veranlaßte, den jugendlichen geringe Zulagen zu machen. Als befehlungsgehört die Jugendlichen die Arbeit nicht wieder aufnahmen, drohte die

Firma damit, die Zugeständnisse wieder rückgängig machen zu wollen. Dies und der Umstand, daß sie der übrigen Arbeiterchaft keine Geneigtheit zu einem Entgegenkommen zeigte, gab den äußeren Anlaß zu dem allgemeinen Streik in den Zigarrenfabriken. Die übrigen Betriebszweige der weltbekannten Firma sind von dem Streik vorderhand nicht berührt.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen einiger Fensterscheiben zwanzig Monate Gefängnis. 20 Monate Gefängnis verhängte gegen zwölf streikende Glaser am Mittwoch die dritte Breslauer Straf-kammer. Die so gefährlichen Straftaten liegen ein Jahr zurück. Im August 1911 versuchten die noch unbestraften Angeklagten, während eines Streiks die Arbeitswilligen, die auf einem Bau beschäftigt wurden, zum Mitstreiken zu bewegen. Tätllichkeiten irgendwelcher Art kamen nicht vor, doch wurden bei der Auseinandersetzung mehrere Scheiben zertrümmert. Die drei Glaser, deren die Schuld daran bemessen wurde, erhielten wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs 3, 3 1/2 und 3 Monate Gefängnis, die übrigen drei wegen Hausfriedensbruch je 1 Monat. Man merkt an dem Urteil nicht, daß die Novelle zum Strafgesetzbuch, die eine milde Bestrafung des Hausfriedensbruchs vorsieht, eingeführt worden ist.

Aus Nah und Fern.

Doppelhinführung in Bromberg. Auf dem Hof des Bromberger Gefängnisses wurden die Arbeiter Katharina Jakowiat und der Arbeiter Kaminski hingerichtet. Beide hatten den Mann der Frau Jakowiat gemeinsam ermordet. Eine „Kultur“!

Schweres Unglück. In einer Schriftgießerei in der Kneiselaufstraße zu Berlin entzündete sich beim Härten von Metall plötzlich Petroleum und eine Stichflamme traf den Geschäftsführer Graumann sowie den 13jährigen Lehrling Beterling. Während Graumann mit Brandwunden an den Armen und Händen davongekommen ist, wurde der Lehrling im Gesicht so schwer getroffen, daß er wahrscheinlich das Leben einbüßen wird.

Ein Raubmordversuch wurde in Berlin an der Räumwarenhandlerin Gärtke in der Fehrbellnerstraße verübt. Sie war im Begriff, in der Küche eine Reinigung vorzunehmen, als ein Mann in den Laden trat und, ohne ein Wort zu sprechen, drei Revolverkugeln auf die Frau abgab. Zwei Schüsse trafen sie in die linke Hals- und Kopfseite, so daß sie zu Boden stürzte. Auf die Hilferufe der neunjährigen Tochter der Frau schüßte der Täter unter Zurücklassung der Waffe. Die Frau wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen nach dem Krankenhaus gebracht.

Folgeschwere Kesselexplosion. Infolge einer Kessel-explosion ist in der vergangenen Nacht im Silbendorfschen Mühlenwerk in Magdeburg ein Großfeuer ausgebrochen, welches das Fabrikgebäude völlig zerstörte. Zehn Arbeiter sind schwer verletzt worden. Drei werden vermisst; vermutlich sind sie in den Flammen umgekommen. Die übrigen elf in der Mühle beschäftigten Arbeiter sind unverfehrt, oder doch nur leicht verletzt.

Ein unheimlicher Fund. In München wurde im Perlacher Forst der Kopf eines etwa 8 bis 9 Jahre alten Mädchens aufgefunden, der versteckt in einem Gebüsch lag. Die Polizei vermutet, daß es sich um die 6jährige Tage-löhnerstochter Hoffmann handelt, die seit zirka 3/4 Jahren spurlos verschwunden ist. Der zum Tode verurteilte Lustmörder Spechner wurde seinerzeit auch mit dem Verschwinden der kleinen Hoffmann in Verbindung gebracht.

Seelische Folterung eines Kindes. Unser Bruderblatt in Mainz schreibt: „Eine merkwürdige Pädagogin hat leider die Stadt Mainz unter ihren Lehrerinnen in der Person eines Fräulein G. Zu dieser Lehrerin geht ein Kind in die Schule, das das Unglück hatte, in seinem siebten Lebensjahre auf der Waise von einem Wüstling mißbraucht zu werden. Während sich nun die Eltern und die sonstige Umgebung des Kindes mit Recht alle Mühe geben, um aus der Erinnerung des Kindes diesen Vorfall verschwinden zu lassen, damit das Kind nicht eine dauernde seelische und Charakterschädigung davonträgt, ist die Lehrerin offenbar der Ansicht, daß dem „verworfenen Geschöpf“ seine „Schlechtigkeit“ recht deutlich zum Bewußtsein gebracht werden müsse. Als das Kind neulich seinen Beichtzettel geschrieben hatte in der Weise, wie es die Kinder in diesem Alter eben tun und seine Mißgeschickten auch taten, indem es nämlich die kleinen „Sünden“ seines Lebens aufzählte, nahm ihm Fräulein G. den Zettel weg und diktierte ihm ein neues. Darin heißt es neben anderen Übertreibungen unter dem sechsten Gebot wörtlich: „Ich habe oft Unreines gedacht. Ich habe oft Unreines angeschaut. Ich habe Unreines oft getan, allein und mit großen Leuten.“ Es erübrigt sich eigentlich, gegen dieses Verhalten der Lehrerin auch nur ein Wort zu sagen; bei jedem vernünftigen Menschen kann ihr Verhalten nur Empörung darüber nachrufen, daß jemand, der berufen wäre, dem Kind in seiner fürchterlichen Lage alle Förderung und Hilfe angedeihen zu lassen, vielmehr mit seinen verbrochenen bigotten Moralbegriffen einer alten Jungfer den größten Schaden anrichtet. Wir möchten hier das bekannte Wort, über das sie sicher schon ihren Schül- lern erbauliche Reden gehalten hat, entgegenrufen: Wer eines von diesen Kleinsten ärgert, dem wäre es besser, daß ihm ein Mühlstein um den Hals gehängt und er erkaßt würde im Meer, wo es am tiefsten ist!“

Schreckensstat eines Wahnwärtigen. In Sibiswald in Steiermark spielte sich gestern eine schreckliche Szene ab. Dort überfiel der plötzlich wahnwärtig gewordene Grundbesitzer Brenner auf der Straße zwei Personen und verlegte sie durch Messerstiche schwer. Dann eilte er auf das Feld und tötete seine Cousine, ein taubstummes Mädchen, durch 18 Messerstiche.

Genickstarre in Frankreich. In dem Dorfe Beaurepère (Departement Chalons sur Saone) ist eine Genickstarre-Epidemie ausgebrochen. Die ersten Krankheitsfälle ereigneten sich in der Familie des Bürgermeisters, in der drei Mädchen und ein Knabe von der Seuche befallen wurden. Zwei der Kinder sind bereits gestorben.

Neuer aviatischer Schnelligkeitsrekord. Alle bestehenden Schnelligkeitsrekorde mit Passagier wurden am Mittwoch in Reims von dem Aviatiker Andre Frey geschlagen. Frey war auf dem dortigen Flugfeld mit einem Passagier auf einem Henriot-Gindefier mit einem 80- pferdigen Gnommotor aufgestiegen. Die Strecke von 10 Kilometern legte der Flieger in vier Minuten und 80 Sekunden zurück. Eine schöne Leistung vollbrachte Frey bei einem Flug über eine Strecke von 150 Kilometern, die er in einer Stunde und sieben Minuten zurücklegte, d. h. 135 Kilometer in einer Stunde.

Grubenunglück. Gestern früh hat in der Grube der Kohlenbergwerksgesellschaft „Ben Franklin“ bei Mondeville in West-Virginien eine Explosion stattgefunden, durch welche wahrscheinlich acht Bergleute getötet worden sind. Zwei sind bisher schwerverletzt geborgen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: J. H. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Wilhelm Dieckelmann, Kücknitz.

Erfrischungs-Zelt

auf dem Festplatze an der Gertrudenstraße
vis-à-vis der Tribüne. (1875)

An beiden Festtagen: **Grosses Konzert.**
Montag: Fröhschoppen-Konzert.
Zur Einkehr ladet freundlichst ein **Wilh. Dieckelmann.**

Luisenlust.

Luisenstrasse 16. Nahe dem Festplatze.
An beiden Volksfesttagen:

Große Tanzmusik.

Telephon 2672. Speisen à la carte.
1948) Th. Kruse.

Erfrischungs-Zelt

auf dem Festplatze an der Gertrudenstraße
vis-à-vis der Tribüne.

An beiden Festtagen: **Grosses Konzert.**
Montag:
Fröhschoppen-Konzert
unter Mitwirkung eines hiesigen Gesangvereins.
Zur frohen Einkehr ladet ein
Friedrich Bender.
1874)

Lübecker Straßenbahn.

Während der diesjährigen Volksfesttage, am 14. und 15. Juli cr., treten folgende Fahrplanveränderungen ein:

- A. Linie 1 und 2: Koeckstraße—Kronsfordter Allee
Israelsdorfer Allee**
- Am ersten Volksfesttage wird auf der Strecke „Markt-Burgtor“ gegen 12 Uhr vormittags eine Stöckung in der Wagenfolge eintreten, welche behoben wird, sobald der Festzug am Burgfeld angekommen sein wird.
 - Während des Festzuges verkehren die Wagen der Mühltentor-Linie nur zwischen dem Krankenhaus und dem Kohlmarkt.
 - Nach Beendigung des Festzuges werden Sonder-Motorwagen eingelegt, welche alle 5 Minuten nur zwischen dem Festplatze und dem Kohlmarkt verkehren.
Diese Wagen werden durch Plakate an den Seitenscheiben besonders kenntlich gemacht.
 - Der Betrieb wird bis 2 Uhr nachts ausgedehnt.
- B. Linie 3: Kohlmarkt—Krempelsdorf.**
Der Betrieb wird bis nachts 2 Uhr ausgedehnt.
- C. Linie 4: Käsebürger Allee—Schwartauer Allee.**
Der Betrieb wird bis 2 Uhr nachts ausgedehnt.
- D. Linie 5: Markt—Bahnhof.**
Der Fahrplan bleibt unverändert.
- E. Linie 6: Bahnhof—Markt.**
Der Betrieb wird bis nachts 2 Uhr ausgedehnt und erleidet am 1. Volksfesttage an der Kreuzung Breite Straße-Beckergrube während der Dauer des Festzuges eine kurze Unterbrechung.
- F. Linie 7: Bahnhof—Israelsdorf.**
- Auf dieser Linie verkehren die Wagen von morgens 6.47 ab Bahnhof bis abends 12 Uhr ab Israelsdorf alle 10 Minuten.
Es werden ferner Sonderwagen eingelegt, welche bis nachts 2 Uhr alle 10 Minuten nur zwischen dem Festplatz und dem Bahnhofe verkehren. Dieselben werden durch Plakate an den Seitenscheiben besonders kenntlich gemacht.
 - Der Betrieb erleidet am 1. Volksfesttage an der Kreuzung Breite Straße-Beckergrube während der Dauer des Festzuges eine kurze Unterbrechung.
- G. Linie 8 und 9: Marktplatz—Moislinger Allee
Moislinger Baum**
- Auf der Linie 9 Marktplatz—Moislinger Baum wird von morgens 7 Uhr an ein 10-Minuten-Verkehr hergestellt und der Betrieb bis 2 Uhr nachts ausgedehnt.
 - Während der Aufstellung des Festzuges auf dem Markte wird der Endpunkt nach dem Kohlmarkt verlegt.
- H. Linie 10: Vorwerker Friedhof.**
Der Fahrplan auf dieser Linie erleidet keine Veränderungen.
- I. Linie 11: Markt—Sanjastraße.**
Der Betrieb wird bis 2 Uhr nachts ausgedehnt.
- K. Linie 12: Lübeck—Schwartau.**
- An beiden Volksfesttagen werden Sonderwagen eingelegt, welche alle 20 Minuten zwischen Bahnhof Lübeck und dem Markte Schwartau verkehren.
 - Während der Aufstellung des Festzuges wird der Endpunkt der fahrplanmäßigen Wagen vom Markte nach der Untertrave — dem Hotel Kaiserhof gegenüber — verlegt.
 - Der Betrieb wird bis nachts 2 Uhr ausgedehnt. (1888
Lübeck, den 11. Juli 1912.

Die Betriebsverwaltung.

Wäsche, Krawatten,
Handschuhe, Strümpfe
Stroh-Hüte,
Arbeiter-Garderoben,
Buckskin-Hosen
von 2.00 Mk. an. 1909

F. Jürgensen,
Ecke Schwart. u. Fackenburger Allee.
Eingang Schwarfaauer Allee.

Die Arbeitsgarderoben

von

Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —

sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwischhosen . . .	1.40 bis 3.50
Bilothosen . . .	2.50 bis 5.50
Maurerhosen . . .	2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen . . .	4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge . . .	2.80 bis 5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Zubehörmarken.

(57)

Willi (55)

Westföling,
Uhrmacher
und Juweller,
Uhren-, Goldwaren-
u. Reparaturwerkstatt, Holstenstr. 32.

Restaurant
„Zum alten Tivoli“.

Halte allen Volksfestbesuchern,
sowie Freunden und Bekannten mein
Restaurant
bestens empfohlen. (1928)

Max Ohnesorge,
Wakenitzmauer 9,
Ecke Kleine Gröpelgrube.

Auf dem Volksfestplatz.
ff. Halberstädter Brauwerk
Heines Halberstdt. Wursthalle
vis-à-vis der Tribüne. (1912)
F. Freitag.
Auf dem früher Jungelichen Stand.

Achtung Radfahrer!
Während des Volksfestes werden Fahrräder etc. unter Garantie aufbewahrt. Stand rechts beim Eingang des Festplatzes. (1852)

Martin Sternbergs
Kaffeezelt
an der Luisenstraße
vis-à-vis den Luftschaukeln.
Lade alle Freunde und Bekannte freundlichst ein. (1952)

ff. Kaffee u. Kuchen.
Hamburger Hof
Schwartau.
Halte meine neurenovierten Lokaltäten zum regen Besuch bestens empfohlen. (1950) Lau.

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Die Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, dem 13. d. Mts. findet nicht statt. (1958) Die Ortsverwaltung.

Luisenlust.
1942) Heute, Freitag:
Tanztränzchen.
(Volksfest-Orchester)
Eintritt: Herren 25 Pfg., Damen frei.

Kaffeehaus Moislino

Erfrischungszelt

1914) vis-a-vis der Luftschaukel.
Allgemeiner Treff- und Sammelplatz

Friedrich-Franz-Halle.

genannt zum  grauen Esel
Ausschank von ff. Lückschem Bier.

Erfrischungszelt auf dem Festplatze
der Festhalle gegenüber an der Israelsdorfer Allee.
An beiden Festtagen: **Großes Konzert**
ausgeführt von einer Damen-Kapelle.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt, und lade ich hiermit Freunde und Bekannte freundlichst ein. (1908) Ludw. Stamer.

Volksfest 1912.
Allgemeiner Treff- u. Sammelplatz
Moislinger Baum.
An beiden Tagen: **Großes Konzert.**
1915) Eintritt frei.

St.-Lorenz-Bierhalle
auf dem Festplatze, vis-a-vis Pockenhof
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Es ladet alle Freunde und Bekannte ergebenst ein
G. Lorenzen
1918)

Restaurant „Weißer Hirsch“.

Seidel 15 Pfg. Erfrischungszelt auf dem Festplatz Seidel 15 Pfg.

gegenüber der Tribüne an der Gertrudenstraße.
Während der beiden Festtage:
Grosses Konzert
von nachmittags bis nachts.
Montag morgen:
Fröhschoppen-Konzert.
Zur frohen Einkehr ladet ergebenst ein (1880)
Adolf Posky, früher „Holstenkrug“, Holstenstraße.

Erfrischungszelt
auf dem Festplatze an der Israelsdorfer Allee
der Festhalle gegenüber.
Ausschank von ff. Vereinsbier
und von ff. Lückschem Bier.
G. Sahlmann
1926)

Konzerthaus Zauberflöte.

Ludwig Kock.

Seidel 15 Pfg. Erfrischungszelt auf dem Festplatze Seidel 15 Pfg.

gegenüber der Tribüne, an der Israelsdorfer Allee.
Während der beiden Festtage:
Großes Doppel-Konzert
von nachmittags 1½ bis 2 Uhr nachts. (1866)
Montag morgen: **Fröhschoppen-Doppel-Konzert.**
Zur frohen Einkehr ladet freundlichst ein. Ludwig Kock.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Große Posten elegant verarbeiteter Herren-, Jünglings- und Knaben-Anzüge.

Ein großer Posten **Herren-Anzüge** regul. Wert 29⁵⁰ bis 59⁰⁰ jetzt **19⁵⁰ 26⁵⁰ 32⁵⁰ 39⁵⁰**

aus modernen Cheviot- und Noppenstoffen in verschiedenen Formen

Ein großer Posten **Jünglings-Anzüge** regul. Wert 24⁵⁰ bis 52⁵⁰ jetzt **16⁵⁰ 24⁵⁰ 29⁵⁰ 36⁵⁰**

aparte Stoff-Neuheiten in eleganter Ausführung, in vielen Fassons

Ein großer Posten **Knaben-Anzüge** regul. Wert 4⁷⁵ bis 24⁵⁰ jetzt **2⁵⁰ 6⁵⁰ 9⁷⁵ 16⁵⁰**

1954) aus Stoffen im engl. Geschmack in verschied. Blusen- u. Jackenformen

Ein Posten **Knaben-Wasch-Blusen**
regul. Wert 2.90 bis 5.90 jetzt **125 175 225 300**

Ein Posten **Herren-Panama-Hüte**
ganz bedeutend im Preise herabgesetzt.

Ein Posten **Knaben-Wasch-Anzüge**
regul. Wert 2.80 bis 9.50 jetzt **175 275 450 650**

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Mittel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. 10.
3 H. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
58) Rote Lubeca-Marken.

 **Fahrrad- und**
Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Emmitl. Bernick. bill. u. gut.
59) Carl Heynert, Lübeck.
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Friedr. Beuch
1894) Tischlermeister
wohnt jetzt St. Johannis 22.
Fernsprecher 3166.

 **Tischmesser**
mit langjähriger Haltbarkeit;
Löffel und Gabeln,
Nickelsilber und Versilbert;
Taschenmesser;
Rasier-
Messer und Apparate;
Waffen (1923)
Patronen und Zubehör;
Alles gut zu niedrigen Preisen.
Nesser & Waffen-Haus
Lübeck
Jeschau, Breite Str. 27.

Käse! Billig!
Solltest Du Käse beschädigt
50 u. 60 Pfg.
Gr. Partie schön fett. Silfiter
30 u. 40 Pfg. (1947)
Strickmattstraße 48.

Restaurant „Zur alten Burg“.
Haite allen Volksfestbesuchern, sowie Freunden und
Bekanntem mein Lokal bestens empfohlen. (1937)
J. H. Wulff, Gr. Burgstraße 21.

Friedrichshof.
Erfrischungszelt
auf dem Festplatze vis-à-vis der Tribüne.
Zur fröhlichen Gintehr ladet freundlichst ein **Gustav Müller.**

Erfrischungszelt
auf dem Festplatze am Jerusalemberg.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Wilh. Groth. (1955)

Die Dampfer mit N H F im Schornstein
unterhalten während der Volksfesttage
am 14. u. 15. Juli eine regelmässige halbstündliche
Verbindung zwischen Lübeck und Schwartau.
Struckfähre anlaufend.
Fahrpreis bis 9 Uhr abends **10 Pfg.** a Person.
Fahrpreis ab 9 Uhr abends **20 Pfg.** a Person.
Neue Hafeniähre G. m. b. H. (1955)

Hallo! Hermann Doses Hurra!
Beefsteaktelt ist wedder dor!
Wenn't Volksfest kommt, ist jedes Jahr
Ot Hermann Dose wedder dor,
Un sitt dor in sien Beefsteaktelt
So putzgerndig wör alle Welt,
Röyt: Wudder Beefsteaks in de Bann,
De Hungrigen löst wedder an. (1931)
Die meutigen leit häng'n den Gabel,
Un sitt den Magen fast in'n Stäbel,
Doch wenn he ut dat Zelt rutgelt,
He gliets er annere Wälder feit:
Dat mäh be ganze Stadt hoch weter,
Bi Dose kann man billig äter:
Beefsteack, Quackmurst,
Ballmops, Schinken
et een Glas Beer konst dorre betrieten!
Hallo! Hurra!

Gesellschaftshaus Monopol.
Heinrich Ohde.
Erfrischungszelt auf dem Festplatz
gegenüber der Tribüne an der Israelsdorfer Allee.
Seidel 15 Pfg. Seidel 15 Pfg.
An beiden Festtagen: Grosses Konzert.
2. Festtag: Gr. Frühschoppen-Konzert
vom Damen-Salon-Orchester St. Pauli.
Um gütigen Zuspruch bittet (1934) **Heinrich Ohde.**

Lübecker Vereinsbrauerei
e. G. m. b. H.
empfeilt ihre aus bestem Malz und Hopfen
gebrauten
Lagerbiere
1944 hell und dunkel
in vorzüglicher Qualität.
Auf dem Volksfestplatze in mehreren Zelten zu haben.

Gesangverein „Eintracht“

BALL
am Sonntag, d. 14. Juli (1. Volksfesttag)
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Der Vorstand. (1927)

Gelb ist Trumpf!

Die „Gelbsucht“ grassiert zurzeit unter dem deutschen Unternehmertum, und im nationalen Blätterwald jagt ein Leitartikel den anderen. In diesen werden die gelben Arbeitervereine beweihräuchert und in den Himmel gehoben. Die bisher so lieben christlichen Gewerkschaften sind nun abgehasst. Die „Tägliche Rundschau“, das Organ für nationale Politik, gibt den Christlichen in der Nummer vom Mittwoch einen derben Fußtritt. Der Leitartikler sagt:

„Die Haltung der „Christlichen“ zur Sozialdemokratie ist, wenn sie dieser auch den letzten Bergarbeiterstreik in Scherben schlugen, stets von derselben Unzuverlässigkeit und Zweideutigkeit gewesen, wie die Zentrumspolitik überhaupt. Die Wirtschaftsfriedlichen haben daher in Essen klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die nationale Fahne nicht deshalb entfalten und der roten Internationale nicht zu dem Zwecke Urfehde schwören, um nun unter das Kommando der schwarzen Internationale zu gelangen, unter das Plus X die „Christlichen“ über kurz oder lang doch getrieben haben wird. Für diese bedeutet deshalb das Emporblühen der nationalen Bewegung im gegenwärtigen Augenblick eine eminente Gefahr — oder aber den Zwang, dem kirchlichen Einspruch die Tür zu weisen, um ihre evangelischen Mitglieder bei der Stange zu halten. Sie werden sich diesem Zwang schwerlich fügen; eine Garantie mehr für das weitere Erstarken der „Gelben“ und auch eine Bürgschaft dafür, daß die anderen nationalen oder unabhängigen Arbeiterverbände nach links wie nach rechts endlich zur kraftvolleren Betonung ihrer positiven, vaterländischen Tendenz sich emporkraften.“

Dafür legt das Blatt alle Hoffnung auf die gelbe Gesellschaft. Es schreibt: „Es sind das alles gewiß erst Anfänge einer rot und schwarz unabhängigen Arbeiterbewegung; aber sie sind, wenn der Schein nicht trügt, verheißungsvoll genug, um einer staatszerstörerischen Sozialpolitik den weiteren Weg zu weisen.“

In der Sache liegt System. Noch vor zwei Jahren schrieb das nationalistische „Reich“ über die Gelben: „Diese gelbe Bewegung stagniert trotz der reichlichen Zuschüsse, die die Großindustriellen dafür ausgeben. Gegen die Sozialdemokratie nützt sie rein gar nichts, derweilen eine solche charakterlose Bewegung keine Personen erzieht, sondern Mammonseelen, die dahinflaufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt.“

Heute arbeitet das Unternehmertum mit Hochdruck Hand in Hand mit diesen „Mammonseelen“, die der Sturmbock gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften werden sollen. Das ist auch aus dem Artikel der „Tägl. Rundschau“ ersichtlich. Das Blatt druckt eine Aufstellung der organisierten Gewerkschaften vom Jahre 1910 aus dem „Reichsarbeitsblatt“ ab, die aber inzwischen schon längst überholt, also unzuverlässig ist. Trotzdem ruft aber das Organ für nationale Politik triumphierend aus: „Absolut wie relativ bieten diese Zahlen wichtige Aufschlüsse. Absolut zeigt die Tabelle, daß die Gesamtzahl aller nicht-sozialdemokratischen Arbeitervereine der Mitgliederzahl der roten („freien“) Gewerkschaften bereits gleich ist. Es stehen sich 50,9 und 49,1 v. H. gegenüber. In relativer Hinsicht ist bedeutend, daß die Gesamtheit der deutschen Arbeiterchaft 10,7 Millionen Köpfe beträgt, (Berufs- und Betriebszählung vom 12. 6. 07), daß also von allen deutschen Ar-

beitern überhaupt organisiert nur etwa ein Drittel (3,5 Mill.), und daß von diesem organisierten Drittel wieder nur die Hälfte, von allen deutschen Arbeitern also nur ein Sechstel sozialdemokratisch organisiert ist. Zwei Drittel der Gesamtzahl unserer Handarbeiter, die freilich nicht alle für die Organisierung in Betracht kommen, stehen hiernach noch draußen und harren des Werbers!“

Also diese Massen müssen gewonnen werden! Welche Mühe sich übrigens die Unternehmer geben, entsprechend dem Beschluß der Metallindustriellen gelbe Organisationen zu züchten, geht auch aus folgendem Schreiben hervor, das vom Sitz der Gelben an die Fabrikanten verfaßt wurde:

„Der Werkverein.“
Organ für die wirtschaftsfriedliche, nationale Arbeiterbewegung.

Das Blatt ist Eigentum der Bewegung, der auch alle Überschüsse zugute kommen.

Geschäftsstelle:
Essen-Ruhr, Altendorferstr. 59,
Fernsprecher, Amt Essen 901.

Essen a. R., 25. Juni 1912.

Herrn

..... Plettenberg.
Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage Abonnementsrechnung für das Vierteljahr Juli/September zu überreichen mit der höflichen Bitte, uns für den Betrag freundlichst zu erkennen.

Durch die große Verbreitung unserer Zeitung sind wir in der Lage, den Kampf gegen die Streikgewerkschaften auf breiter Grundlage mit großem Erfolge zu führen. Die Zahl der Werkvereine und die Mitgliederzahl der zurzeit 75 Vereine im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat sich seit Anfang dieses Jahres verdoppelt.

Damit es uns möglich ist, wie bisher weiter zu arbeiten, möchten wir Sie freundlichst bitten, uns in gleicher Weise, wie dies vonseiten fast aller übrigen beteiligten Arbeitgeber geschehen ist, auch fernerhin in unseren Bestrebungen beizustehen und unsere Zeitung den Arbeitern Ihres Werkes zunächst für ein weiteres Vierteljahr zugehen zu lassen. Wie an so vielen anderen Stellen, so werden auch die Arbeiter Ihres Werkes die Unnützigkeit des Systems der alten Streikgewerkschaften an Hand der Ausführungen in unseren Zeitungen schon erkennen und die erste sich bietende Gelegenheit ergreifen, um sich von der Zwangsherrschaft dieser Gewerkschaften zu befreien. Wir stehen dann den betr. Kameraden jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung.

Auch zur Besprechung mit Ihnen sind wir jederzeit gerne bereit; Sie wollen uns gegebenenfalls nur freundlichst Nachricht zukommen lassen.

Hochachtungsvoll
„Der Werkverein.“
Geschäftsstelle, gez. Berke.“

Die wirtschaftlichen Verhältnisse und der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft werden die Bäume der Gelben nicht in den Himmel wachsen lassen; denn die heuchlerische Freundschaft des Unternehmertums und die Speichelleckerei der Führer der gelben Werkvereine, wie sie auch aus obigem Bittesbrief hervorgeht, muß jeden denkenden Arbeiter mit Abscheu von der gelben Arbeiterbewegung fern halten.

Aus der Partei.

Für Sozialdemokraten wird nicht gespielt! Man schreibt uns: In der guten Stadt Hagen i. W., allwo der ehemalige freisinnige Reichstagsabg. Cuno als Oberbürgermeister das kommunale Zepher schwingt, besteht ein städtisches Orchester, zu dem aus öffentlichen Mitteln alljährlich 25 000 Mk. beigesteuert werden, weil die wohlhabende Bourgeoisie, zu deren Unterhaltung das Orchester fast ausschließlich da ist, für die Kunst nicht so viel Geld übrig hat. Nun findet in Hagen im Herbst d. J. der sozialdemokratische Parteitag des niederrheinischen Agitationsbezirks statt. Aus diesem Anlaß wollten unsere Genossen abends ein gutes Konzert veranstalten, zu dem jedermann Zutritt haben sollte. Man setzte sich also mit dem städtischen Orchester in Verbindung. Das Konzert sollte im städtischen Parkhaus stattfinden. Geschäftsführer des Orchesters, Dirigent und Dekonom des städtischen Lokals waren mit allem einverstanden. Aber dem Hagener Kommunal-liberalismus steckt die Niederlage von der letzten Reichstagswahl denn doch noch gar zu sehr in den Gliedern. Um die Roten zu schädigen, muß alles herhalten. Das aus den Mitteln der Steuerzahler der Arbeiterstadt Hagen erbaute Parkhaus wurde uns verweigert, und am 4. Juli erklärte der Vorsitzende der städtischen Musikkommission: Das Orchester sei zwar für alle künstlerischen und Unterhaltungsveranstaltungen da, aber — für Sozialdemokraten wird nicht gespielt! Am Montag kam diese Sache nun in der Hagener Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Nachdem Genosse Ludwig dieses sonderbare Verhalten der Hagener Stadtverwaltung kritisiert hatte, begründete der oben erwähnte Vorsitzende der städtischen Musikkommission, Stadtrat Perkes, die Ablehnung damit, daß die Sozialdemokraten zu einem Volkskonzert, auf dem ein bürgerlicher Gesangverein (dem Christliche und Gelbe angehören) mitwirkte, abgelehnt hätten, hierzu Karten zu vertreiben. Fest steht, daß gerade der Arbeiter-Bildungsausschuß zu diesen Volkskonzerten die meisten Karten vertrieben hat. Oberbürgermeister Cuno verschlangte sich hinter die Regierungsverordnung, wonach städtische Einrichtungen der Sozialdemokratie nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen. Bisher verstand man unter diesen städtischen Einrichtungen die Stadthallen und andere städtischen Räumlichkeiten. Die Entdeckung, daß ein aus öffentlichen Mitteln subventioniertes Orchester eine städtische Einrichtung ist, welche Sozialdemokraten nicht benutzen dürfen, hat erst der Fortschrittstämpe Cuno in Hagen gemacht.

Aus der Jugendbewegung.

Der Militarismus als Jugendpflege. Nicht allein die ausgesprochenen militärischen Jugendvereine, die Jugendwehren, Wehrkraftvereine und Pfadfinderbünde, sondern alle den staatlichen „Jugendauschüssen“ angegliederten Jugendvereine, als da sind: Abteilungen der Volks- und Fortbildungsschulen, konfessionelle Jugendvereine, Deutsche Turnerschaft und Wandervogelvereine, erfreuen sich einer weitgehenden Unterstützung durch die Militärbehörden. Das ist nicht verwunderlich. Haben diese doch kein geringes Interesse an der staatlichen Pflege der heranwachsenden Jugend. Kürzlich hat das Kriegsministerium einen Erlaß herausgegeben, der den Garnisonältesten empfiehlt, Jugendwanderabteilungen von Vereinen und Verbänden, deren nationale Richtung keinem Zweifel unterliegt oder nachzuweisen ist, Unterkunft in Exerzierhäusern und Kasernen zu gewähren. Die zum Übernachten erforderliche Bettwäsche, Seife und Handtücher, sollen ebenfalls gegen Erstattung der Reinigungs- resp. Selbstkosten geliefert werden. Ebenso sollen auf Wunsch die Jugendwanderer durch die Truppenküchen billigt verpflegt werden können. Auch können Zelt-

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„Ihm gehörte doch die Brauerei von Messinger, Marsden u. Co. in Whitechapel. Er war dort geboren und schämte sich niemals, diese Tatsache offen einzugehen. Er sah sogar stolz darauf zu sein, wie ich als seine Enkelin es eigentlich auch sein sollte.“

„Aber was nützt das meinem armen Harry?“
„Es erhöht vielleicht die Teilnahme an ihm, und das ist keineswegs zu unterschätzen.“

„Ja. Er ging leichten Herzens nach Whitechapel, um sich, wie ich es aussagte, unter seinen nächsten Verwandten ein wenig umzusehen und später wieder zu mir zurückzukehren. Wenn er sich auch nicht in diesem Sinne äußerte, so deutete ich doch seine Absicht so, denn es schien mir unmöglich, daß ein Mann, der einmal der Gesellschaft angehört, unter uns lebte und einer der unseren war, sich ernstlich vornehmen könnte, dort seinen dauernden Aufenthalt zu nehmen.“

Angela lachte. Sie wußte ja, was ein dauernder Aufenthalt dort bedeutete.

„Er verließ mich, und ich befand mich zum ersten Male in zwanzig Jahren allein. Es war ziemlich langweilig. Er schrieb mir, daß er es einmal versuchen wolle, und wieder, daß der Versuch nicht so schlimm sei, wie er sich gedacht habe, und doch klang es aus seinen Mitteilungen, als ob das Experiment nur von kurzer Dauer sein würde. Während seines Aufenthalts dort verließ ich London, um im Mittelmeer zu kreuzen, und als ich heimkehrte, kam er zurück zu mir.“

„Er kehrte also zurück?“

„Ja, er kam eines Abends zurück und sah ganz anders als früher aus. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß sich ein junger Mann in so kurzer Zeit so verändern könnte. Es hatte ihm offenbar an nichts gefehlt, er hatte keine Entbehrungen ausgestanden, gleichwohl aber war er verändert. Er war nachdenklicher geworden und lachte weniger. Armer Junge!“

Lord Jocelyn seufzte schwer. Angelas Mitgefühl regte sich immer mehr, denn es unterlag ihr keinem Zweifel, daß er seinem Mädel sehr zugetan war.

„Und was ist dann aus ihm geworden?“

„Er kam, um mir Bedewoß zu sagen. Er dankte mir für — naja, Sie wissen ja, was ein guter, braver Junge

unter solchen Umständen sagt; und er teilte mir mit, daß ihm ganz unerwartet ein Arbeitsangebot gemacht sei, das anzunehmen er sich entschlossen habe. Sie müssen nämlich wissen, daß er mit seinen Händen sehr geschickt ist; er gelgt, malt, schnitzt und hat sich ganz nebenbei auch mit dem Gebrauch des Hobels verantraut gemacht, daß er es mit jedem gelehrten Tischler aufnehmen kann. Und wie er mir erzählte, besteht die ihm angebotene Arbeit darin, in einer großen Fabrik oder Werkstatt alle vorkommenden Tischlerarbeiten zu verrichten.“

„Wie heißt er?“

„Harry Goslett.“

„Goslett! Goslett!“ Sie errötete von neuem und setzte hastig ihren Fächer in Bewegung, um ihre Verwirrung zu verbergen. „Hat er nicht einen Verwandten, einen gewissen Bunker?“

„Ach ja — ich sagte es wohl schon — ein Onkel von ihm heißt Bunker.“

„Ach, jetzt fällt mir ein, daß ich den Namen kenne. Und nun, Lord Jocelyn, rechne ich auf ihre Dankbarkeit, denn ich muß Ihnen gestehen, daß ihm seine jetzige Stelle auf meine Veranlassung angeboten wurde. Das trug sich so zu: Herr Bunker hatte sich meinem Großvater — oder wenigstens bildete er es sich ein — nützlich erwiesen und zeigte sich daher nicht wenig erbittert, daß dieser ihn in seinem Testament gar nicht bedacht hatte. Gewissermaßen als Anerkennung für seine Verdienste hat nun sein Neffe eine Anstellung in der Brauerei erhalten. Das ist alles, was ich für ihn getan habe.“

Mehr als genug, denn ich bin fest überzeugt, Fräulein Messinger, daß, wenn Sie sich nicht in Ihrer großen Herzengüte seiner angenommen, kein anderer es getan hätte. Dann wäre er wenigstens wieder zu mir zurückgekommen. Bitte, Fräulein Messinger, geben Sie ihm Knall und Fall den Laufpaß, schicken Sie ihn weg; bitte, bitte, tun Sie mir den Gefallen. Es gibt ja noch so viele andere Tischler, die die Arbeit in der Brauerei besorgen können. Dann kehrt er zu mir und zur Gesellschaft zurück, ich stelle ihn Ihnen dann vor und er wird Ihnen dann selbst für Ihre Güte danken.“

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Die Brauerei entläßt niemals einen Angestellten, solange er sich anständig aufführt. Es ist aber in der Tat seltsam, daß Ihr Mädel freiwillig auf alle Annehmlichkeiten des Lebens in der Gesellschaft verzichtete, um dafür die harte Arbeit und den schlechten Lohn eines Handwerkers einzutauschen. Lat er es vielleicht aus — Liebe zu seinen Verwandten?“ Eine flammende Rote stieg ihr bei dieser Frage ins Gesicht.

„Es ist in der Tat seltsam. Bei seinem letzten Besuche erzählte er mir merkwürdige Sachen von Menschenrechten, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wieweil er sich nicht zu der Behauptung verstellte, daß auch alle Frauen gleich seien. Auch von dem Vergnügen sprach er, das es ihm bereiten würde, fortan unter seinen Angehörigen zu leben, und was noch mehr folch blühenden Ansinn war. Schließlich gelang es mir jedoch, den wahren Grund seines Entschlusses aus ihm herauszubekommen.“

„Und der ist?“

„Er gestand mir, daß er sich verliebt habe.“

„In ein junges Mädchen aus Whitechapel? Wenn das der Fall ist, würde Ihr Mädel der Erziehung, die Sie ihm geben, alle Ehre machen, Lord Jocelyn.“ Sie errötete zum vierten oder fünften Mal, so daß es ihm nicht mehr entging, und hielt ihren Fächer vor das Gesicht. „Aber vielleicht“, fügte sie hinzu, „haben Sie mit Ihrem Standpunkt unrecht und auch wir Frauen sind ohne Unterschied des Ranges und Standes gleich.“

„Vielleicht hätte ich Ihnen nicht all dies erzählen sollen, Fräulein Messinger“, meinte Lord Jocelyn. „Jetzt werden Sie ihn natürlich verachten. Und dennoch hat der Junge die Keckheit, mir nachdrücklich zu beteuern, daß der Gegenstand seiner Liebe eine Dame sei — denken Sie nur — diese Schneiderin aus Whitechapel — eine Dame!“

„Eine Schneiderin — o!“ Und sie legte in ihre Stimme etwas von jener Eiskälte, mit der Damen aus der Gesellschaft derartige Ankündigungen aufzunehmen pflegen.

„Ach! Jetzt haben Sie genug von ihm gehört. Ich hätte es mir denken sollen, daß Ihre Teilnahme in dem Augenblick aufhören würde, wo Sie alles erfahren. Er geriet über diese junge Puzmacherin wahrhaft in Verzückung. Sie ist schon wie der Tag, ammutig, hochgebildet, fein erzogen, sie ist, mit einem Wort, eine Königin!“

„Ich zweifle nicht daran“, sprach Angela, deren Stimme noch eifriger als zuvor klang. „Aber meinen Sie nicht, Lord Jocelyn, daß wir auf eine weitere Verherrlichung dieses Wunders verzichten können, in das doch Ihr Mädel, dieser interessante Herr Goslett, und nicht sein Vormund verliebt ist?“

„Aber noch seltsamer ist es, daß sie ihm für seine Werbung kein Gehör schenkt.“

„Das ist in der Tat seltsam. Aber vielleicht wartet sie, da sie Ihrer Schilderung nach die Königin aller Schneiderinnen zu sein scheint, bis der König aller Tischler zu ihr kommt und um sie freit.“

(Fortsetzung folgt.)

Fähnen, Kochgeschirre, Brotbeutel, Feldmägen, wollene Decken und andere Ausstattungsstücke, sofern sie entbehrlich sind, teilweise überlassen und aufrangierte Können von den Vereinen käuflich erworben werden. In Ortschaften, in denen nur Militärabteilungen bestehen, dürfen diese unentgeltlich benützt werden. Die Anhänger der proletarischen Jugendbewegung, die von dem zweifelhaften Genuß der militärischen Pflege ausgeschlossen sind, werden diesen Verlust zu verschmerzen wissen. Aber die organisierte Arbeiterschaft sollte es sich nicht nehmen lassen, ihrer Jugend die Wanderbewegungen dadurch zu erleichtern, daß sie den jugendlichen Wohnungen und sonstige geeignete Räume der Volks- und Gewerkschaftshäuser zum Übernachten zur Verfügung stellt. Dadurch würde auch die heranwachsende Jugend des Proletariats der modernen Arbeiterbewegung wesentlich näher gebracht werden.

Genossenschaftsbewegung.

Die dänischen Schlächtereigenossenschaften. Die Landwirtschaft Dänemarks, die fast ausschließlich eine Bauernwirtschaft ist, erhält ihr Gepräge durch das hochentwickelte Genossenschaftswesen. An der Spitze desselben stehen die Molkereigenossenschaften, die der dänischen Butter einen Welt Ruf verschafft haben. Aber auch das Schlächtereigenossenschaftswesen hat in kürzester Zeit einen außerordentlichen Aufschwung erfahren. Den Anstoß dazu gab das im Jahre 1887 erlassene Einfuhrverbot Deutschlands für dänische lebende Schweine, von denen vorher große Mengen nach Deutschland abgesetzt wurden. Die dänischen Landwirte warfen sich nun auf den Export von Schweinefleisch und die rapide entwickelnden Schlächtereigenossenschaften bemächtigten sich sofort dieser Aufgabe, ehe noch der private Handel Zeit gefunden hatte, sie an sich zu reißen.

Die Schlächtereigenossenschaften bezahlen den liefernden Landwirten nach Schlachtgewicht und Qualität. Hierdurch sowie durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die auf eine

Verbesserung der Qualität der Tiere hinwirkten, haben sie es dahin gebracht, die Zucht außerordentlich zu heben. Die Entwicklung der Schlächtereigenossenschaft wird durch folgende Zahlen illustriert:

Jahr	Zahl der Schlächtereigenossenschaften	Zahl der geschlachteten Schweine	Kinder	Ausfuhrüberschuss an Schweinefleisch in Millionen Kilogramm
1888	1	2 323 400	—	1879/82: 2,8
1900	26	675 200	18 700	1906/09: 94,8
1910	87	1 896 658	25 000 (zirka)	

Die Zahl der von den dänischen Schlächtereigenossenschaften geschlachteten Schweine hat sich demnach im Laufe von zwanzig Jahren etwa um das 60fache, die Ausfuhr von Schweinefleisch um das 85fache gehoben. Dänemark ist ein Land ohne landwirtschaftliche Schutzzölle und seine Bauern sind prinzipiell Freihändler.

Aus Nah und Fern.

Ohrfeigen für Jugendheimbesucher. In der Fortbildungsschule in Schmölin fragte der Lehrer Ulricie am Dienstag, 18. Juni, einen Schüler nach dem andern: „Wo wartest du am Sonntag? Als ein Schüler H. antwortete: „Im Jugendheim“, erhielt er vom Lehrer eine Ohrfeige! Er hätte sie sicherlich nicht bekommen, wenn er in einer qualmerfüllten Kneipe oder in einem „Klentopp“ oder auf einem „Rummelplatz“ den Sonntag verbracht hätte. Da sparen die organisierten Arbeiter die Groschen zusammen, um ihrer Jugend Heime zu schaffen, damit sie den körperlichen und sittlichen Gefahren der Straße und Kneipe entzogen wird — der Lehrer aber prügelt die Jugendlichen, wenn sie Heime besuchen. Gatten bisher die Aufsichtsbehörden gegenüber der mißbräuchlichen Benutzung der Fortbildungsschulen durch Lehrer, die während des Unterrichts gegen die proletarische Jugendbewegung agitierten, beide Augen zugebunden, so wird in dem vorliegenden Falle die Aufsichtsbehörde der Fortbildungsschule zu

zwingen sein, den Abreifer des Lehrers Ulricie in die richtigen Bahnen zu lenken.

Was ein Vorbell einbringt. Aus Bielh melbet die „Ostrauer Zeitung“: Dieser Tage hat in Biela die Inhaberin eines Vorbells ihr „Geschäft“ samt Hausbestand eine Nachfolgerin in Wien übergeben, um sich in Würden und Ehren zur Ruhe zu setzen. Sie hat ihr „öffentliches“ Haus und die hierzu erforderliche Konzession in Biela von drei Jahren um 120 000 Kronen von einem Herrn Bergmann übernommen und jetzt um 26 000 Kronen an eine Frau Biebert verkauft, die den Rest der Kaufsumme aus den Geschäftsergebnissen befreit. Die Kupplerin war die größte Steuerträgerin in Biela. Bei ihren fünfzehn bis zwanzig „Personen“ erbrachte sie wöchentlich mehr als tausend Kronen und hinterlegte sie in der Sparkasse, sie tat auch „viel Gutes“ für die — Gendarmen, denen sie alljährlich bis 500 Kronen zuwendete. Daß solche Überschüsse möglich sind, erklärt sich durch die Tatsache, daß die von ihr gehaltenen Mädchen eine Tagespension von 25 Kronen für eine schmale Lebensführung erlegen müssen. Diese Sklavinnen schneiden an ihrem jeweiligen Standort immer mit Pensionsschulden ab und werden vom nächsten Abnehmer „ausgelöst“ und dann weitergeschoben, bis sie — vom Westen kommend — in den östlichen Stationen gänzlich zugrunde gehen. Die Freudehaushalter erwerben Reichthümer und tauchen dann als Rentner in der „anständigen“ Gesellschaft unter. Bei dem Abschiedsfest ließ die Kupplerin den Champagner in Strömen fließen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Karl Bahrs Restaurant.

Erfrischungszelt

auf dem Festplatz, am Jerusalemberg.
Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.
Zur frohen Einfuhr jeder freundlich ein (1920)
Karl Bahr, Fadenburger Allee 36.

Tadellos ist das edle
Kieler Schloßbräu

Vertreter:
Fr. Kropf, Lübeck,
Glockengießerstraße 87. (1921)
Fernsprecher 458. Fernsprecher 458.



Zum ersten Male in Lübeck zum Volksfest!
Die 15 kleinsten Pferde der Welt

aus dem Tierpark Karl Hagenbeck, Hamburg. Senjanen für Stadt- und Fremdenpublikum. Es sind in Wirklichkeit die kleinsten Pferdchen, welche lebend gezeigt wurden. Wegen ihrer ungläublichen Kleinheit wurden die Pferdchen von den allerhöchsten Herrschaften bejagt, welche wiederholt ihnen größte Anerkennung zollten. Stammen erregen die lebenden Schatzstücke **Venus, Ely, Faust und Amor.** quem auf den Armen zu tragen, sowie das allerkleinste Pferdchen **Sektor** 45 cm hoch, 14 kg schwer. Größe **Diana** das rechennde, waghäufige Wunderpferdchen. **Miraficion!** Diese kleinen Pferdchen bilden in allen großen Städten den Sammelplatz aller Sports- und Tierfreunde, sowie den Lieblingsaufenthalt des gesamten Familienpublikums. Es veräume daher niemand, dem in der Lar einzig dastehenden Publikum einen Besuch abzugeben. Es laßt ergebenst ein (1916) Die Direktion.

H. Lexaus Restaurant.
Erfrischungszelt
gegenüber dem Pockenhof.
Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.
1864) H. Lexau, Böttcherstraße 18.

Restaurant

Holstenkrug

Inhaber:
Hugo Boysen
Holstenstraße 37.
Halte allen Freunden und Bekannten mein Lokal in freundlicher Erinnerung. (1922) D. O.

Versammlung

sämtlicher bei den
Holzspediteuren
beschäftigten Arbeiter
am Sonnabend, dem 13. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
1940) Der Vorstand.

Schmiede.

Zentralverband der
Zahlstelle Lübeck.
Die Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, dem 13. Juli findet nicht statt, sondern wird am Sonnabend, dem 20. Juli, abgehalten.
1932) Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.
Die Sektionsversammlung der Maschinen- und Hilfsarbeiter am Sonnabend, dem 13. Juli fällt aus.
1930) Der Branchenleiter.

Hansa-Theater.
Dir. R. Kollbach. Anf. 8 1/2 Uhr.
Saisenspiel des
Kleinen Theaters
aus München.
Dir. Dr. Gust. Quedensfeldt.
Die weiße Woche.
Operette in 1 Akt.
Wenn der Vater in dem Sabue
Schwank in 1 Akt.
Cousin Pamponette.
Parlianna-Graffier (1948
und erstklassige Solis.

Voranzeige.

Zum Lübecker Volksfest.

Zum ersten Male hier.
Heinrich Langes
erste Bremer Hoch- und
Untergrundbahn.
Größtes u. interessantestes elektrisches
Karussell der Welt.
1858)

Erfrischungszelt

1925) von
Friedrich Olof
Ecke der Luisenstr. Ecke der Luisenstr.

Restaurant Pockenhof

Jerusalemberg 1. Max Plath. Am Festplatz.
Vom 9. bis 15. Juli: (1911)
Täglich gr. Garten-Konzert.
An beiden Volksfesttagen:
Grosser Tanz.
In den unteren Räumen Kabaret-Vorstellung erstkl. Künstler.
Restauration à la carte.
Vorzügliche Küche. — ff. Biere. — ff. Weine.

Fritz Wendts Restaurant

Hafenstraße 16a.
Halte allen Volksfestbesuchern sowie Freunden u. Gönnern mein
Restaurant
bestens empfohlen. (1924) Fritz Wendt.